Einzelpreis 30 Pfg. · 4. Jahrgang · Donnerstag, 16. Juni 1921 · Nummer 275 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 36 M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8/9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Einspruch der Alliierten

Der Wortlaut der Note

Berlin, 15. Juni.

Nach Paris, London und Rom ist heute folgende Note abgegangen:

Seit 6 Wochen hat Korfanty die Macht nahezu im gesamten Oberschlesien an sich gerissen, und hat in dem von seinen Banden besetzten Gebiete tatsächlich alle Befugnisse der Interalliierten Kommission übernommen.

6 Wochen erdulden die oberschlesische Bevölkerung die ungeheuren Leiden, welche dieser Rechtsbruch über alle Teile des Landes heraufbeschworen hat. Die Verluste an Menschenleben sind groß. Die Aufständischen häufen Greuel auf Greuel. Hunderte von friedlichen Bürgern sind verschleppt; über ihr Schicksal ist nichts bekannt. Historische Bauten, wie die Schlösser von Schintschow und Stubendorf, von Zembowitz und Kalinow und viele andere, sind dem Vandalismus der Insurgenten zum Opfer gefallen. Den Bauern und Gutsbesitzern sind Pferde und Vieh weggetrieben, Gebäude und Geräte zerstört. **Die Einbringung der Ernte ist bereits jetzt in vielen Gegenden unmöglich.** Nicht minder traurig liegen die Verhältnisse bei der Industrie. Auch der Verkehr steht nahezu überall still. Der Bolschewismus findet in diesem verwüsteten Lande einen günstigen Boden und breitet sich in erschreckender Weise aus. Blutenden Herzens, aber mit gefesselten Händen soll das deutsche Volk zusehen, wie unter den Augen der Interalliierten Kommission, der die Verwaltung des Landes zu treuen Händen übergeben war, seine Volksgenossen brutalster Gewalt ausgeliefert und die Früchte deutschen Fleißes und deutscher Wirtschaft der Vernichtung preisgegeben werden. 6 Wochen polnischen Terrors sind über unsere Volksgenossen hingegangen, **ohne daß die Interalliierte Kommission die geeigneten Mittel gefunden hätte, die allein eine Niederwerfung des Aufstandes ermöglichen.**

Seit Ende Mai sind erhebliche Truppenverstärkungen der Entente mit reichlichem Kriegsmaterial in Oberschlesien eingetroffen. Mit geringen Ausnahmen und abgesehen von den großen Städten, die noch in der Hand der Deutschen sind, ist **jedoch das gesamte Aufstandsgebiet nach wie vor im Besitz der Insurgenten geblieben, welche dort unumschränkt herrschen.** Die Grenze nach Polen ist offen, von dort kommt dauernder Zuzug an Kämpfern, darunter eine erhebliche Anzahl regulären polnischen Militärs, von dort werden Waffen und Munition aller Art herübergeschafft. Beweise für diese Tatsache werden den alliierten Regierungen besonders übergeben. Wenn aber alliierte Truppen bei ihrem Vorgehen Ortschaften besetzten, konnten die Insurgenten vorher, wie z. B. in Rosenberg, unbelästigt mit Waffen und Munition, sowie unter Mitnahme allen geraubten Gutes abziehen und ihrem fanatischen Haß auf dem Rückzuge an den unschuldigen Bewohnern freien Lauf lassen. Haben aber interalliierte Truppen ein Gebiet durchzogen, so tauchen in ihrem Rücken alsbald die polnischen Banden wieder auf und treiben in gleichem Maße ihr Unwesen wie vorher. Eine Befriedung ist nirgends zu verzeichnen. Längs der ganzen Front sind die Ortschaften, wie z. B. Kostellitz, Wachowitz, Frei-Pipal, Frei-Kadlub, Schentowitz, Waldhäuser, Hohenbirken, Bukau, Markowitz, welche vorübergehend von den Polen geräumt waren, erneut von den Banden besetzt und schwer heimgesucht worden.

Die oberschlesische Bevölkerung und mit ihr das gesamte deutsche Volk haben mit einer Selbstherrschung, die von der gesamten Welt als bewundernswert anerkannt wird, bisher die Ruhe bewahrt. Der oberschlesische Selbstschutz hat trotz zahlreicher Angriffe der Polen und trotz dringender Hilferufe aus den von Korfanty besetzten Gebieten seine Stellungen nicht weiter vorgetragen in dem Vertrauen, daß endlich energische Maßnahmen seitens der Interalliierten Kommission gegen Korfanty und seine Banden ergriffen werden.

Die Deutsche Regierung muß gegen die gegenwärtigen Zustände in Oberschlesien schärfste Verwahrung einlegen. Sie sieht sich genötigt, den immer wiederholten Versuch, den oberschlesischen Selbstschutz auf gleiche Stufe mit den Insurgenten zu stellen, energisch zurückzuweisen und zu betonen, daß der von dem Präsidenten der Interalliierten Kommission beabsichtigte Weg, die Insurgenten durch Verhandlungen zum Abzug mit allen Waffen zu bewegen, nicht geeignet ist, die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. **Dieser Erfolg kann allein dadurch gezeitigt werden, daß mit ernstem Nachdruck durchgegriffen und Oberschlesien mit allen Kräften von den Insurgenten gesäubert wird.** Geschieht dies nicht, so wird die volle und alleinige Verantwortung für alle Vorkommnisse und ihre Folgen der Interalliierten Kommission und deren Präsidenten zur Last fallen, der die Macht besitzt, durch energische Maßnahmen die Befreiung des Landes in kurzer Zeit herbeizuführen.

Nach dem Friedensvertrage (Art. 88) ist die Interalliierte Kommission verpflichtet, **mit Truppen der alliierten Mächte die Ordnung aufrechtzuerhalten.** Die deutsche Regierung hält es nicht mit dem Friedensvertrag für vereinbar, wenn die interalliierte Kommission ihre Machtmittel nicht gegen die Insurgenten zum Einsatz bringt. **Sie muß daher erneut und mit allem Nachdruck fordern, daß die Bevölkerung Oberschlesiens, die nach dem Ergebnis der Abstimmung bei weitem überwiegend deutsch ist, endlich überall und restlos von der Insurgentenherrschaft befreit wird.**

Amtlich wird zu dem bereits angekündigten Schritt der Entente des deutschen Selbstschutzes in Oberschlesien mitgeteilt:

Der französische Botschafter und der englische Geschäftsträger haben Mittwoch abend die bereits in der Presse aus Paris angekündigten Vorstellungen bei dem Reichsminister des Auswärtigen gemacht. Im Laufe der Besprechungen versuchten sie, die Verantwortung für die kritische Lage, die durch das Scheitern der Verhandlungen zwischen der Interalliierten Kommission und dem Zwölfer-Ausschuß in Oberschlesien zeitweise geschaffen worden war, dem Selbstschutz zuzuschieben.

Diesen Ausführungen trat der Reichsminister Rosen mit Nachdruck entgegen. Er teilte dem französischen Botschafter und dem englischen Geschäftsträger, die einzeln bei ihm vorsprachen, bei diesem Anlaß mit, daß eine Note an die alliierten Regierungen abgegangen sei, in der die unerträgliche Lage in Oberschlesien geschildert ist und erneut das Verlangen an diese Regierungen gerichtet wird, Oberschlesien von den Insurgenten zu säubern.

Inzwischen scheint sich eine Verständigung der interalliierten Truppenführer mit General Hoefer anzubahnen.

•

Wir wollen hoffen, daß die angekündigte Verständigung zwischen General Höfer und der Interalliierten Kommission tatsächlich erfolgen wird. Es ist ja auch ganz sinnlos, angesichts der bestehenden Machtverhältnisse vom Selbstschutz irgendein nützliches Einwirken auf die Lösung der oberschlesischen Frage zu erwarten. Diese muß endlich von den Ententeregierungen selbst entschieden werden. So begreiflich die Erregung in den Reihen des Selbstschutzes sein mag, so wird sich der General Höfer doch sagen müssen, daß ein längerer Widerstand nutzlos und der Sache, der er dienen will, nur schädlich ist. Die deutsche Reichsregierung hat staatsrechtlich ja keine Entscheidung im Abstimmungsgebiet. Nichtsdestoweniger wird sie inoffiziell ihren ganzen Einfluß geltend machen müssen, um ihrerseits die Beilegung des Konfliktes herbeizuführen.

Der deutsche Bericht

Oppeln, 15. Juni.

Nach Verhandlungen, die heute nachmittag stattgefunden haben, stellte General Hoefer dem General Hennicker die Ortschaften östlich der Linie 1,3 Kilometer nordwestlich Dollna—Annahof, Westrand Lichinia, Ostrand Kuschnitzka zur Unterbringung englischer Truppen für die Säuberungsaktion zur Verfügung. Die Kampftätigkeit der polnischen Insurgenten hat wesentlich nachgelassen. Im Kreise Rosenberg griffen polnische Banden eine Höhe bei Jastrzigowitz ohne Erfolg an. Kleinere Vorstöße in der Gegend Pruzkau—Zembowitz scheiterten ebenfalls. Der Bahnhof und die Eisenbahnhauptwerkstätten in Gleiwitz wurden gestern früh von Matthesdorf durch einen polnischen Panzerzug, der mit 200 Insurgenten besetzt war, angegriffen. Der örtliche Selbstschutz in Gleiwitz umzingelte die Insurgenten und nahm 69 Mann gefangen. Die Insurgenten wurden den italienischen Truppen übergeben. Im Kreise Ratibor schwache Kampftätigkeit der Polen bei Zawada und Schimischow. Die Insurgenten haben ihre Rückwärtsbewegung gegenüber der Stadt Ratibor weiter fortgesetzt.

Deutsche Hetzfilme

Wie die P. P. N. hören, bestätigt sich die Nachricht, daß der französische Botschafter in Berlin, Laurent, gegen zwei deutsche Filme, „Die schwarze Schmach" und „Die Flucht aus dem Heer der Heimatlosen", Einspruch erhoben hat. Der zweite Film, der das Thema des Fremdenlegionärs behandelt, läuft schon seit einem Jahr. „Die schwarze Schmach" ist in München (!!!) herausgekommen, und der französische Gesandte in München, Dard, hat auch bereits vor einiger Zeit bei der bayrischen Regierung Einspruch erhoben, den diese an das Auswärtige Amt nach Berlin weitergegeben hat. Auch die Schritte des Botschafters Laurent in dieser Frage liegen bereits einige Wochen zurück. Zu einem abschließenden Ergebnis hat der Meinungsaustausch in dieser Frage noch nicht geführt. Das deutsche Auswärtige Amt steht auf dem Standpunkt, daß Filme, die geeignet sind, die internationalen Beziehungen zu verschlechtern, sowohl bei uns wie im Ausland nicht ausgeführt werden sollen.

Wir hatten Gelegenheit, den Film „Die schwarze Schmach" in Augenschein zu nehmen und haben bereits die Feststellung getroffen, daß es sich um ein ganz übles Hetzprodukt deutschnationaler Herkunft handelt. Schon die Tatsache, daß der Film in München entstanden ist, ist bezeichnend. Es handelt sich bei diesem Film nicht etwa um irgendeine Aufklärung, sondern die Absicht, den Völker- und Rassenhaß zu entfachen, ist deutlich zu erkennen. Wenn dieses üble Machwerk mit seinen vergiftenden Tendenzen vom Spielplan der deutschen Kinos verschwinden würde, könnte dem Ansehen des deutschen Volkes kein Schaden erwachsen.

Patriotismus und Profit

Der Reichstag beendete gestern die allgemeine Aussprache zur zweiten Lesung des Gesetzentwurfes über die Getreidewirtschaft. Taten die bürgerlichen Parteien zuerst so, als ob ihnen an der schleunigen Erledigung des Gesetzes gelegen wäre, so entlarvten sie sich selbst, als nach der Rede des Kommunisten der nächste Redner, der bayrische Bauernführer Heim, weil er nicht auch vor leerem Hause sprechen wollte, einen Vertagungsantrag stellte. Die Mehrheit des Hauses aber ließ ihn im Stich und so blieb ihm und den anderen Rednern nichts anderes übrig, als mit etwas bitterer Miene auf das Wort zu verzichten, wodurch dem Hause heitere Minuten entgingen.

Der heutige Tag wird nun mit der Einzelberatung des Gesetzentwurfes auch die Entscheidung über die Frage: Freie Wirtschaft oder Umlageverfahren bringen. Zahlreiche Anträge der bürgerlichen Parteien deuten darauf hin, daß die ohnedies außerordentlich unzulängliche Regierungsvorlage noch weiter verschlechtert werden soll, so daß ein Unterschied zwischen dem Umlageverfahren und der völlig freien Wirtschaft dann kaum noch zu entdecken sein wird. Ist das aber der Fall, und ist das Umlageverfahren nur eine verschleierte freie Wirtschaft mit allen Vorteilen für die Erzeuger, aber allen Nachteilen für die Verbraucher, so werden auch die bürgerlichen Parteien allein die Verantwortung übernehmen müssen für die daraus entstehenden Folgen.

Daß die Verbraucher dann schlechtes und teures Brot erhalten werden, daß ihre Lebenshaltung weiter ungemein herabgedrückt wird, daß zahlreiche Lohnkämpfe, gewaltige Erschütterungen des Wirtschaftslebens die Folge dieser Entwicklung sein müssen, das hat Genosse Hertz gestern ganz eindrücklich dargelegt. Er war in der glücklichen Lage, seine Rede mit der Verlesung einer Reihe von außerordentlich interessanten Dokumenten einleiten zu können, die einwandfrei zeigen, daß die Erzeuger und die Händler nicht geleitet sind von dem Wunsch, die deutsche Bevölkerung gut und billig zu versorgen, sondern nur von dem Wunsch, hohe Preise für ihre Erzeugnisse zu bekommen, und dabei selbst vor der Ausfuhr der im Inland benötigten Nahrungsmittel nicht zurückschrecken.

In dem ersten Dokument, einem Schreiben des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 6. April d. J., heißt es:

Hinsichtlich der Ein- und Ausfuhr von Getreide oder Erzeugnissen aus Getreide bin ich damit einverstanden, daß der Herr Delegierte des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung in Königsberg probeweise ermächtigt wird, **Ein- und Ausfuhrbewilligungen für kleine Mengen zu erteilen und den Uebernahmevertrieb der Reichsgetreidestelle auszusprechen.** Ich bemerke jedoch, daß in Memel und Danzig große Mengen ausländischen Mehles sehr billig angeboten werden, so daß zu befürchten ist, daß sie nach Ostpreußen hereinkommen. Da dies jede Kontrolle im Inlande ausschließen würde, mache ich zur Bedingung, daß der Herr Delegierte der Reichsgetreidestelle und mir wöchentlich jeweilig abschließend mit dem letzten Arbeitstage der Woche genau geführte Listen über Menge und Art der Ein- bzw. Ausfuhr zugelassenen Waren einsendet. Ich behalte mir vor, die Ermächtigungen zurückzuziehen, sobald die Ein- oder Ausfuhr einen zu großen Umfang annehmen sollte.

Das zweite Schriftstück ist ein Schreiben des Reichsgetreidebureaus in Königsberg in Pr. vom 10. Juni d. J. an das Oberpräsidium in Königsberg. Es lautet:

Wir besitzen das dortseitige Schreiben vom 9. 6. 21 nebst der uns damit übersandten Nachweisung des Delegierten des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung in Ostpreußen über im Mai 1921 erteilte Ausfuhrgenehmigungen für Saathülsenfrüchte, Getreide und Erzeugnisse daraus, reichen beide Schriftstücke anliegend zurück und berichten dazu ergebenst, daß es nach unserem Dafürhalten im Widersinn steht, wenn auf der einen Seite das Reich bzw. die Reichsgetreidestelle sich bemüht, Auslandsweizen und Mais bei unserer niedrigen Währung zu hohen Preisen heranzuschaffen, und auf der anderen Seite **in einem Monate 835 210 Tonnen Erbsen, Peluschken, Haferflocken, Bohnen, Mais nebst den Produkten daraus nach dem Auslande, d. h. nach Schweden, Norwegen, Dänemark, Litauen, dem Memelgebiet und Danzig ausgeführt werden. Allein 678 510 Tonnen Hülsenfrüchte, in denen Ostpreußen zweifellos eine totale Mißernte bevorsteht, sind im Mai exportiert.**

Fraglos gelangt ein großer Teil dieser Produkte in die Hände unserer zurzeit größten Feinde, der Polen, und wird von denselben zur Ernährung ihrer Armee benutzt. **Deutschland stärkt also durch die Ausfuhrbewilligungen seine Feinde, besonders die Feinde Oberschlesiens, deren Willkür die Entrüstung der ganzen Welt hervorruft.**

Wir haben wiederholt Gelegenheit genommen, unsere Zentrale, die Reichsgetreidestelle Berlin, auf diese Zustände aufmerksam zu machen, und dieselbe hat sich auch bei dem Preußischen Staatskommissar — soviel uns mitgeteilt wurde — dafür verwandt, daß dem Delegierten des Reichskommissars für die Aus- und Einfuhrbewilligung in Ostpreußen die Befugnis zur Erteilung von Ausfuhrgenehmigungen für Getreide und Produkten daraus entzogen wird.

Dieses Schreiben wurde gleichzeitig der Reichsgetreidestelle in Berlin übermittelt, und zwar mit einem Begleitschreiben

in dem gebeten wird, **„die Angelegenheit der Direktion wiederholt vortragen zu wollen und nicht früher zu ruhen, als** bis endlich diesen unerhörten Zuständen ein Ende bereitet worden ist, da selbstverständlich, je mehr es bekannt wird, daß Ausfuhrgenehmigungen erteilt sind, um so mehr beantragt werden, **da die hohen Auslandspreise, die bisher zur Untätigkeit verurteilte Kaufmannschaft in hohem Maße reizen.“**

Daraufhin hat die Geschäftsabteilung der Reichsgetreidestelle der Verwaltungsabteilung am 14. Juni d. J. ein Schreiben gesandt, in dem es heißt:

„Wie aus dem Inhalt und aus der abschriftlich beigefügten Aufstellung ersichtlich, werden aus Ostpreußen auf Grund der Verfügung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft IV/1 — 44 Schw. V 5754 vom 6. April 1921 an den Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligungen, Berlin, fortlaufend landwirtschaftliche Produkte ins Ausland ausgeführt, welche anscheinend für die Ernährung der polnischen Armee Verwendung finden.

Hierzu kommt noch, daß die Provinz Ostpreußen laut Angabe des Königsberger Bureaus zweifellos eine **totale Mißernte in Hülsenfrüchten zu erwarten hat, so daß die Provinz unter diesen Umständen gerade in Hülsenfrüchten einen außerordentlichen Bedarf haben dürfte.**

Unser Bureau Königsberg bittet uns, mit Schreiben vom 11. 6. dieses Jahres, alle Hebel in Bewegung zu setzen, damit diesen unerhörten Zuständen ein Ende bereitet wird.“

Der Reichsernährungsminister hat gestern zu diesen Dokumenten noch keine Stellung genommen. Aber selbst ohne diese Stellungnahme geht doch allein aus den Schriftstücken mit aller Deutlichkeit hervor, wie entscheidend der Profit und wie wenig Patriotismus und Vaterlandsliebe das Handeln der besitzenden Kreise bestimmen.

Fahnenschießen im Chiemgau

Die „aufgelöste“ Einwohnerwehr leistet den Kreuzschwur

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

München, 15 Juni.

Wie die bayrische Einwohnerwehr „aufgelöst“ und „entwaffnet“ wird, zeigt ein Bericht über die **Fahnenweihe und Fahnenschießen in Prien am Chiemsee,** der in der „Chiemgau-Zeitung“ vom 14. Juni veröffentlicht wird. In diesem Bericht heißt es:

„Am Donnerstag mittag knatterten die Gewehre der Einwohnerwehren lustig auf der Schießstätte in Prien. Es galt einen ernsten Wettbewerb für die besten Schießleistungen und die darauf gesetzten schönen Preise. In langen Zügen waren Ehrengäste erschienen, unter denen Exzellenz General der Artillerie Theodor von Bombard, Landesschützenmeister Leinbeker, der Gauhauptmann Kanzler, der Fahnenhauptmann Keimling, und unter den liebreizenden Festjungfrauen die mutige Vorkämpferin für Deutschlands Wiederaufstieg, Miß Beveridge (!!). Besonders reizend war der jüngste Wehrmann, der 6jährige Heinz Braun, in flotter Gebirgstracht mit umgehängter, blumengeschmückter Flinte.“

Unter den Festrednern werden in dem Bericht genannt: Major Glasser, der Landesschützenmeister Leindecker, welcher die Grüße des am Erscheinen verhinderten Landeshauptmannes Escherich überbrachte. Dann heißt es weiter: „Herr Major Glasser brachte das Hoch auf Deutschland aus; vielhundertstimmig klang dasselbe durch den Waldestempel; **Gewehre wurden wie zum Kreuzschwur erhoben,** in Not und Tod dem Vaterland beizustehen. Es war gleich erhebend, wie vor knapp einem halben Jahre in München, allerdings unter sehr geänderten Verhältnissen, die ängstliche Gemüter das Schlimmste befürchten lassen. **Aber das Fest hat gezeigt, daß es gottlob auch noch Männer gibt, die allem Kommenden entschlossen entgegenschauen.** Es hat gezeigt, welcher Geist innerhalb der Einwohnerwehren des Chiemgaues herrscht **und daß alle jene auf Granit beißen werden, welche nunmehr ihre Zeit noch gekommen glauben sollten.“**

Während des Einwohnerwehrschießens wurde auch ein Feldaltar aufgerichtet und dort eine Messe gelesen und eine Weihrede gehalten, die, wie es in dem Bericht heißt, „von Vaterlandsliebe und Christentum durchdrungen war“. **Es zeigt sich auch hier wieder, daß die Mordwaffen in Bayern dicht neben dem Rosenkranz liegen.**

Die bayrische Einwohnerwehr soll aufgelöst und entwaffnet werden. Das Fahnenschießen im Chiemgau, die Reden, die dabei gehalten wurden und die geleisteten Schwüre zeigen mit aller Klarheit, daß die Auflösung und Entwaffnung nicht erfolgen wird, wenn die Reichsregierung der Kahrregierung gegenüber nicht endlich andere Seiten aufzieht. Es ist ein leerer Spuk, wenn Kahr versichert, er habe den ehrlichen Willen zur Entwaffnung und dieser ehrliche Wille sei auch bei der Einwohnerwehr vorhanden. Das Gegenteil ist richtig. Kahr spielt mit den Interessen des deutschen Volkes Schindluder. Er entpuppt sich immer mehr als ein gemeingefährlicher Schädling, dessen Macht unter allen Umständen gebrochen werden muß.

Waffenlager in Schöneberg

Das Rathaus mit der schwarz-weiß-roten Fahne

Für das Versteckthalten von Waffen sind schwere Strafen angedroht. Trotzdem werden noch immer Waffen versteckt gehalten, weil sich in Deutschland gewisse Kreise vor den Gesetzen nicht zu fürchten brauchen. Wieweit die Waffenschiebungen gehen, dafür folgendes Beispiel:

Der Betriebsrat der städtischen Arbeiter in Schöneberg hegte seit langem Verdacht, daß sich im neuen Schöneberger Rathaus ein Waffenlager befindet. Seine Nachforschungen führten jedoch lange Zeit zu keinem Ergebnis, da der Betriebsrat immer wieder auf Widerstände stieß. Nach langem Mühen ist es ihm schließlich doch gelungen, das Waffenlager ausfindig zu machen und dem Entwaffnungskommissar pflichtgemäß Anzeige zu erstatten. **Es wurden beschlagnahmt: 9 schwere Maschinengewehrschlitten, eine große Anzahl Handfeuerwaffen, Gewehre, eine Menge vollständig abzugsfertiger Handgranaten, eine große Kiste mit Seitengewehren, etwa 1500 neue Stahlhelme, 500 neue Patronentaschen; außerdem Stiefel, Decken, Bekleidungsstücke und sonstige Kriegsgeräte sowie 20 000 Schuß scharfe Maschinengewehrmunition.**

In der Oeffentlichkeit wird man sich nun fragen, wieso ausgerechnet in einem Rathaus ein geheimes Waffenlager angelegt werden kann? Das Rathaus gehört einer Behörde, der genau bekannt sein muß, daß das Anlegen von geheimen Waffenlagern verboten ist. Und das fragliche Waffenlager kann doch nur angelegt worden sein mit Wissen höherer Rathausbeamter. Vielleicht ist es bei dieser Gelegenheit nicht unangebracht, darauf hinzuweisen, daß der Oberbürgermeister von Schöneberg, Herr Dr. Berndt, ein führendes Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei ist, und es sogar für angebracht hielt, bei der Beerdigung der früheren Kaiserin auf dem Schöneberger Rathaus die schwarz-weiß-rote Flagge hissen zu lassen. **Deutschnationale kümmern sich ja im allgemeinen** weder um das Entwaffnungsgesetz, noch um die Verbote der Reichsregierung betreffend der Bildung bewaffneter Banden. **So wurde erst am Sonnabend in Leipzig durch die Kriminalpolizei auf dem Parteibureau der Deutschnationalen Volkspartei ein geheimes Werbebureau für Oberschlesien ausgehoben und eine Anzahl Offiziere verhaftet.**

Wir verlangen von der Entwaffnungsbehörde Auskunft, von welcher Seite das Waffenlager in Schöneberg angelegt worden ist und welche Schritte zur Bestrafung der Schuldigen unternommen werden sollen?

Die Leipziger Urteile

Ihre Wirkung im Auslande

Wie richtig wir die Wirkung der vom Reichsgericht geübten Schonung der Kriegsverbrecher, soweit sie zu den Trägern der Achselstücke oder zu den Anwärtern darauf gehörten, eingeschätzt haben, als wir im Anschluß an den Prozeß Ramdohr sagten, das Verhalten der Leipziger Richter werde eine Schädigung des deutschen Ansehens im Auslande bewirken, zeigt eine Meldung über folgenden Vorgang im englischen Unterhaus:

„Im Unterhaus fragte ein Abgeordneter an, wieviel Deutsche angeklagt seien, Lazarettschiffe versenkt zu haben. Ferner, ob man in Anbetracht der Freisprechung des U-Boot-Kapitäns Neumann, der die „Dover Castle“ versenkt habe, weil diese Tat auf höheren Befehl ausgeführt worden sei, die Liste der „Kriegsverbrecher“ abändern werde, **um diejenigen Personen anzuklagen, die derartige Befehle erlassen hätten.** Der Generalstaatsanwalt antwortete, daß einige Anklagen wegen Versenkung von Lazarettschiffen vorlägen. Die Entscheidungen des Leipziger Gerichtshofes zögen nicht den Verlust der Rechte der Alliierten nach sich, die ihnen der Friedensvertrag gäbe. **Sobald die Prozesse vor dem Leipziger Gericht beendet seien, würden die Alliierten beschließen müssen, was zu tun sei.“**

Ein Ausländer ist eben nicht imstande, sich vorzustellen, daß die Kasernenhofbestialitäten in Deutschland Duldung und Schutz erfahren können. Die Folge der Leipziger Freisprüche wird sein, daß Deutschland neue schwere Sühne zu tragen bekommt, was das Volk dann wiederum den Kriegsmachern und ihren richterlichen Beschützern verdankt.

Aber abgesehen davon, daß das deutsche Volk ein Interesse daran hat, daß der Friedensvertrag wirklich und ehrlich erfüllt wird, würde es außerdem bei allen Deutschen, die den Krieg nicht in gehobener Stellung mitgemacht haben, hohe Befriedigung hervorrufen, wenn unter dem Zwang des Friedensvertrages wenigstens einige von denen gerechter Strafe verfallen würden, die Angehörige des eigenen Volkes vier Jahre lang unter gemeinem, aber unter dem wundervollen deutschen Militärrecht unfaßbaren Mißbrauch der Dienstgewalt in der gleichen Weise geschunden und geschabt haben.

Die Produktionssabotage

Stillegung der Zementindustrie in Rüdersdorf-Kalkberge

Im Industriebezirk Rüdersdorf-Kalkberge befinden sich seit dem 27. Mai die Handwerker der Firmen C. O. Wegener, Guthmann, Jeserich und Thyssen im Streik. Der vom Schlichtungsausschuß Groß-Berlin am 23. März gefällte Schiedsspruch, der die Lohnforderungen der Arbeiter mit Rücksicht auf die herrschende Notlage als berechtigt erkennt, wurde von den Firmen nicht anerkannt. **Als die Arbeiter deshalb weiter im Streik beharrten, sperrten die Unternehmer die ganze Belegschaft aus und warfen über 2000 Arbeiter aufs Pflaster.** Der Demobilmachungsausschuß hat die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs abgelehnt. Die Ausgleichsverhandlungen im Reichsarbeitsministerium am 4. April wurden von den Unternehmern durch Nichterscheinen sabotiert. Sämtliche ausgesperrten Arbeiter sind inzwischen fristlos entlassen worden, die Betriebe wurden von den Unternehmern geschlossen und stillgelegt.

Durch diese provokatorischen Maßnahmen der Unternehmer ist die gesamte Produktion der Rüdersdorfer Zementindustrie lahmgelegt worden. Das geschieht zu einer Zeit, wo infolge der politischen Wirren in Oberschlesien Zementwerke stillgelegt werden mußten, so daß die ausreichende Belieferung Ostdeutschlands mit Zement in Frage gestellt wird. Die Unabhängige Fraktion des Preußischen Landtages hat der preußischen Staatsregierung in einer Großen Anfrage diese Tatsachen mitgeteilt. Die Regierung wird um Auskunft ersucht, was sie zu tun gedenkt, um der systematischen Sabotage der Produktion durch die Unternehmer entgegenzutreten.

Neue Arbeitslosen-Aktionen

Am Mittwoch gab es vor dem Gewerkschaftshause eine Wiederholung des Arbeitslosenauftritts der vergangenen Woche. Es zeigt sich mehr und mehr, daß es in dieser Weise einfach nicht mehr weiter gehen kann. Es ist aufs schlimmste zu verurteilen, daß sich diese Szenen häufen. Nach der Darstellung des „Vorwärts“ und nach Informationen, die auch uns zugegangen sind, **wurde das Bureau des Bauarbeiterverbandes von den Arbeitslosen mit Gewalt und mit Hilfe von Dietrichen erbrochen.** Der Genosse Hoppe, der von den Angestellten allein im Bureau anwesend war, wurde **geprügelt.** Die Arbeitslosen stellten die Forderung, der Bauarbeiterverband möge bis Donnerstag seinen Vertrag mit der Stadt Berlin zurückziehen. Wenn diese Forderung nicht erfüllt wird, soll am Donnerstag **ein neuer Sturm auf das Bureau** erfolgen. Mitglieder des Bauarbeiterverbandes waren an dem Vorgang nicht beteiligt. Die erschienenen Arbeitslosen waren **durchweg unorganisiert.**

Weiter wurde, nach der Darstellung des „Vorwärts“, aus dem Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission der Vorsitzende Sabath, trotz seiner Weigerung, unter „tatkräftiger“ Ueberwindung seines Widerstandes über den Hof geschleppt, um ebenfalls in den Saal vor die versammelte Mannschaft gebracht zu werden. Gegen 3½ Uhr erschienen Beamte der Sipo. Genosse Sabath wurde jetzt von einer Abordnung der Versammlung aus dem Saal hinausbegleitet, um auf ihren Beschluß den Führer der Sipo über die Harmlosigkeit der ganzen Geschichte zu unterrichten und für die Freilassung etwa Verhafteter einzutreten. Die Sipo entfernte sich, und die Versammlung tagte ungestört weiter.

Es ist letzten Endes schon beinahe gleichgültig, um welchen Sachverhalt es sich handelte. Die Dinge werden an den Haaren herbeigezogen, um Konflikte zu konstruieren und der verhaßten Gewerkschaftsbureaukratie eins auszuwischen. Es lohnt, hierzu nachträglich zu bemerken, daß bei den ähnlichen Vorgängen, die sich am vorigen Freitag im Gewerkschaftshause abspielten, Schuhmacher, der ehemalige Bevollmächtigte des Schneiderverbandes, **als Leiter des Unternehmens auftrat.** Diesmal war er nicht beteiligt, und auch eine andere bekanntere Persönlichkeit war nicht sichtbar, **aber an diesem Merkmal ist doch zu erkennen, von welcher Seite die Hetze getrieben wird, die zu solchen Exzessen führt.**

•

Von anderer Seite wird uns noch dazu geschrieben: Der Höhepunkt des „Unternehmens“ wurde durch die „Abschleppung“ des Genossen Sabath erreicht. „Haut doch den Ollen in die Fresse“ und andere schöne Redeblüten feuerten die „Träger“ an, etwas unsanfter nachzuhelfen. Von vielen „zufällig“ anwesenden Zeugen dieser Aktion wurde der Wunsch nach Selbsthilfe gegen solche empörende Handlung laut geäußert. Wohl alle Zeugen sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß nur Gelbe, Provokateure oder Gesindel sich so bewegen können. Einige alte Kollegen behaupteten: **In diesem Haufen befindet sich nicht ein organisierter Arbeiter.**

Neue drohende Lohnkonflikte in England. Neue Lohnkürzungen stehen in mehreren englischen Industriezweigen bevor und drohen neue schwere Konflikte hervorzurufen, da die Arbeiter sich den Lohnreduktionen widersetzen werden. Die Londoner Straßenbahngesellschaften, die über 50 000 Arbeiter beschäftigen, wollen die Löhne um fünf Schilling pro Woche kürzen. Der Lohn der Gasarbeiter soll um sechs Schilling neun Pence gekürzt werden. Schließlich will der Verband der Großpächter die Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter ebenfalls erheblich herabsetzen.

Tschechoslowakisch-rumänisches Abkommen gegen Ungarn. Zwischen der Tschechoslowakei und Rumänien ist ein Abkommen abgeschlossen worden, in dem die beiden Staaten sich gegenseitige Hilfe zusichern für den Fall eines unprovozierten Angriffs durch Ungarn.

Deutscher Reichstag

Abänderung des Wehrgesetzes

Auf Verlangen der Interalliierten Kommission mußte im Wehrgesetz ausdrücklich ausgesprochen werden, daß die 4000 Offiziere des Heeres in den 100 000 Mann eingeschlossen sind, weiter, daß Mannschaften nicht auf Probe angenommen werden und jährlich von der Höchststärke nicht mehr als 5 Prozent entlassen werden dürfen. Der vorliegende Gesetzentwurf regelt diese Forderungen.

Das Gesetz wird in allen drei Lesungen ohne Debatte angenommen.

Regelung des Verkehrs mit Getreide

Abg. **Boruefeld** (Zentr.): **Nur die freie Wirtschaft kann uns** Besserung sowohl in der Quantität als in der Qualität der Ernährungsverhältnisse bringen.

Abg. **Dusche** (D.Vp.): Ich glaube, daß die Geduld der Bauern auch vielleicht einmal ein Ende nehmen wird. Bei der Zwangswirtschaft glaubte man vielleicht etwas erreicht zu haben, wenn man mit möglichst großen Zahlen, die man erfassen wollte, aufwartete. Nachher aber stellte sich regelmäßig etwas anderes heraus. Die Interessen zwischen Landwirtschaft und landwirtschaftlichen Arbeitern sind dieselben. Nur durch Ihre verhetzende Tätigkeit (nach links) wird etwas anderes hineingetragen. Sehr angebracht ist es, Ihnen, die Sie das Ultimatum angenommen haben, zu empfehlen, **den Arbeitern einmal die Meinung beizubringen, daß sie entweder länger arbeiten müssen, oder aber, ihre bisherige Lebenshaltung herunterzuschrauben.**

Abg. Dr. Hertz (U. S. P.):

Redner gibt zunächst den Inhalt der im Leitartikel abgedruckten Dokumente bekannt, wobei seine kritischen Bemerkungen große Unruhe bei den Rechtsparteien hervorrufen. Der Redner fährt sodann fort: Diese Tatsachen beweisen einerseits, was der Reichsernährungsminister unter „geringen Mengen“ bei der Ausfuhr versteht, sie beweisen andererseits, daß es bei der Landwirtschaft, seitdem sie aus dem Widerstand gegen die Gesetze sich ein Recht gemacht hat, keine Gesetzesautorität mehr für sie gibt und daß der Appell an das vaterländische Pflichtgefühl der Landwirtschaft oder der Hinweis auf die Pflichten gegen den Nebenmenschen längst ihre Wirksamkeit verloren haben. Wenn die Ernte seit 1918 um mehr als 20 Prozent zurückgegangen ist, so steht dem doch gegenüber ein Ablieferungsrückgang von mehr als 75 Prozent. Das ist der Ausdruck des auch in der Landwirtschaft herrschenden mammonistisch-egoistischen Geistes. Wie anders war das Verhalten der Arbeiter. **Man hat ihnen den Dank vor aller Welt aussprechen müssen. Eine ganze Reihe von Regierungsstellen sind nacheinander in diesem Sinne aufgetreten.** Fehrenbach, Simons und alle anderen haben immer wieder erklären müssen, daß in der Erfüllung des Spaa-Abkommens den Arbeitern Dank gebühre. In den Reden des Reichsministers Hermes kehrt immer wieder die Mahnung zur Pflichterfüllung an die Landwirtschaft.

In der Landwirtschaft aber hat dieser Appell nur Hohn hervorgerufen.

Der organisierte Widerstand der Landwirtschaft ist zu einem erheblichen Teil daran schuld, daß die Ernährungsmisere einen so katastrophalen Umfang angenommen hat. Wenn wir die Staatsgewalt zum Eingreifen aufgefordert haben, so nicht, um kapitalistische Gesetze aus der Welt zu schaffen, sondern um gleiches Recht für alle herzustellen. Von Ihnen wird behauptet, der Zwang sei hemmend und unangenehm. Das gilt aber nicht nur für den Zwang, der bei der Bewirtschaftung für Getreide besteht. **Das gilt auch für die Steuergesetzgebung.** Ich habe mich deshalb keineswegs gewundert, als ich dieser Tage in einem Salzwedeler Blatt las, **daß 19 Landwirte, fast sämtlich Angehörige der Deutschnationalen Partei, insgesamt mit 1 331 000 Mark in Strafe genommen wurden.** Es sind auch zwei deutschnationale Kreistagsabgeordnete dabei. Ich will keinen Namen nennen. Die Herren tun da auch nur, was in ihren Kreisen gang und gäbe ist. Weitere Strafverfahren sind eingeleitet. Es kann also noch für verschiedene Leute allerhand Unangenehmes dabei herauskommen. Der Abg. von Braun sprach von dem jüdischen Geist, der sich in der Reichsregierung breit mache. Es ist aber interessant, daß auch die meisten dieser Steuerhinterzieher sehr gute Antisemiten sind, sich aber durchaus nicht scheuten, ihre Gelder bei einem jüdischen Bankier zu hinterlegen.

Wenn Reichsminister Hermes aus dem Widerstand einzelner Kreise gegen Gesetze auf die Notwendigkeit der Aufhebung der Gesetze schließt, so heißt das doch, **den Widerstand gegen Gesetze geradezu herausfordern.** Die Regelung der Getreideversorgung ist keine Ernährungsfrage allein. Sie ist der

erste Schritt in der Wirtschaftspolitik nach Annahme des Ultimatums.

Wir sind nicht mehr frei in der Gestaltung unserer Wirtschaftspolitik. Der Beschluß auf Erfüllung des Ultimatums legt Verpflichtungen auf. Wir müssen diese Frage im Zusammenhang mit der Frage der Einfuhrmöglichkeit und mancher anderer Fragen behandeln. Die Reichsregierung muß Rede und Antwort stehen.

Das Umlageverfahren und die Wirkung, die es ausübt, hängt zu einem großen Teil von der Stellungnahme ab, die die Landwirtschaft dazu einnimmt. Im Anfang dieses Jahres, als die Landwirtschaft dafür eintrat, war vielleicht noch die Zeit dafür. Aber inzwischen haben sich die Dinge geändert. Als am 29. Januar der jetzige Reichswirtschaftsminister Schmidt behauptete, daß die Landwirte die freie Wirtschaft herbeiführen wollen, hat der Abg. Dusche ganz energisch dazwischen gerufen, daß das nicht zutreffe. Gewiß betrachten Sie alle

das Umlageverfahren nur als das Aushängeschild

und erwarten binnen kurzem die freie Wirtschaft. Daß die Preisfrage für die Landwirtschaft die Hauptrolle spielt und nicht die Form der Ablieferung, ob freie Wirtschaft oder Umlageverfahren, liegt doch wohl offen zutage. Die Wirkung wie die Absicht ist die, nur für einen kleinen Teil der Erträgnisse die von der Behörde festgesetzten Preise sich gefallen zu lassen, für **die anderen Erträgnisse aber möglichst hohe, unter Umständen über die Weltmarktpreise hinausgehende Preise zu erringen.** Vor einem halben Jahr vertrat die Reichsregierung den Standpunkt, es dürfe keine Aenderung eintreten, da eine vollständige Erfassung der Inlandsernte zu ermöglichen ist. Das Umlageverfahren ist aber ein sehr großer Schritt zur Beseitigung aller Zwangswirtschaft. Von hier bis zu deren vollständigen Aufhebung ist nur noch eine kleine Spanne.

Glaubt irgendjemand, daß bei einer Bewirtschaftungsform, in der zweierlei Getreide nebeneinander besteht, der Schleichhandel

sich irgendwie einschränken lassen wird? Die Gefahren des Umlagesystems berechtigen zu der Behauptung, daß dies Verfahren gleichkommt

einer neuen Hungerblockade.

Die Umlage wird bei der Absicht der Landwirtschaft, sich der Ablieferung nach Kräften zu entziehen, im wesentlichen nur auf dem Papier stehen, es ist deshalb völlig wertlos.

Der Antrag, das Ablieferungssoll von 3 Millionen auf 2,5 Millionen herabzumindern, ist höchst bezeichnend. Der Beschluß der Festsetzung eines Ablieferungssolls von 3 Millionen ist nur zustandegekommen mit Hilfe der zwei Zentrumsvertreter im Ausschuß, die aus den Kreisen der Arbeiter stammen. Wenn jetzt von dem Zentrum ein solcher Antrag auf Herabminderung eingeht, so zeigt das, **daß die agrarische Richtung wieder die Oberhand hat. Ob freie Wirtschaft oder Zwangswirtschaft, ist für uns keine Frage des Prinzips, sondern lediglich eine Frage der Zweckmäßigkeit.** Ich habe keinen Zweifel, daß es in der Absicht des Herrn Abgeordneten von Braun und seiner Freunde liegt, den „sieben Jahren Zwangsjacke" sieben fette Jahre folgen lassen zu wollen. Es wird nicht sehr lange dauern und an Stelle des Rufes nach der freien Wirtschaft wird

der Ruf nach der Schließung der Grenzen

treten. Der Herr v. Wangenheim hat am 7. Juni einen Artikel in der „Deutschen Tageszeitung" damit geschlossen, rechtzeitig dafür zu sorgen, daß der Landwirtschaft der Schutz gegen das Ausland zuteil werde. Wir werden also sehr bald erleben, daß aus den Anhängern der freien Wirtschaft Anhänger der Schließung der Grenzen werden. Und das ist nicht nur beim Getreide der Fall. Der Fleischhandel ist frei, aber da ist man bereits mit der Forderung aufgetreten, nicht freien Handel, sondern Zuschüsse vom Reich. **Freier Handel also immer nur solange, als sich durch eine Aenderung des Systems nicht höhere Preise erzielen lassen.**

Wir sind **nach reiflicher Prüfung zu der Entscheidung gekommen, daß im gegenwärtigen Augenblick an der Zwangswirtschaft festgehalten werden muß.** Wenn aber über die Umlage überhaupt gesprochen wird, muß man auch über den

Preis des Umlagegetreides

reden. Wir haben beantragt, den Preis in Höhe der Produktionskosten festzusetzen. **Auch über die Höhe des Brotpreises muß Klarheit geschaffen werden.** Immer mehr gleichen sich die Preise den Weltmarktspreisen an. Es muß Vorsorge getroffen werden, daß diese Ausgleichung nicht ausschließlich zu Lasten der Lohn- und Gehaltsempfänger erfolgt. Den Ausweg zeigt unser Antrag. Er will gesetzlichen Schutz für die Lohn- und Gehaltsempfänger gegen die Minderung des Reallohnes. Außerdem Erfassung der Mehrgewinne, die aus der Ausgleichung an die Weltmarktpreise entstehen. Wer nicht will, daß sich immer weitere Kreise der Bevölkerung an der Not der Lohn- und Gehaltsempfänger bereichern, der muß unserem Antrage zustimmen. (Lebhafter Beifall bei den U. S. P.)

Abg. Dr. **Böhme** (Dem.): Obwohl wir die Besorgnisse der Regierung durchaus teilen, werden wir doch für die freie Wirtschaft stimmen. Die ungeheuren Lasten des Ultimatums machen dauernde Aufwendungen für die Getreideeinfuhr unmöglich. Diesen Import herabzudrücken, ist einfach eine Lebensfrage des deutschen Volkes. **Eine Steigerung der Preise bei der freien Wirtschaft ist unbedenklich, weil die Steigerungen nicht ungesund sind.**

Vizepräsident **Dittmann** (U. Soz.) schlägt vor, die Beratung abzubrechen und noch einige kleine Vorlagen zu erledigen. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte beschließt das Haus, zunächst die kleinen Vorlagen zu erledigen und dann die Aussprache über die Getreidewirtschaft fortzusetzen. — Der Gesetzentwurf über die Vergütung von Leistungen für die bewaffnete deutsche Macht geht an den Haushaltsausschuß.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag, 2 Uhr: Strafverfahren gegen Abgeordnete. Rest von heute.

Preußischer Landtag

Die Klassenjustiz auf der Anklagebank

28. Sitzung, Mittwoch, den 15. Juni

Zunächst wird die Aufhebung des Strafverfahrens **wegen Beleidigung** gegen die Abgg. Rabold (U. Soz.), **Buchhorn** (D. Vp.) und Frau Ege (Soz.) beschlossen. — Der Antrag des Abg. Siering (Soz.) auf Vorlegung der Ausführungsbestimmungen zum Volksschullehrerdiensteinkommensgesetz wird ebenfalls ohne Aussprache angenommen.

Danach folgt die 2. Beratung des

Haushalt der Justizverwaltung

Justizminister **Am Zehnhof**: Der soziale Gedanke muß in Zukunft auch in der Justiz noch mehr zum Ausdruck kommen. Die Frage betr. die Angliederung der Kaufmanns- und Gewerbegerichte an die Amtsgerichte ist noch unentschieden. Hinsichtlich des materiellen Strafrechtes liegt der Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches vor. Allgemein **hält man das alte Strafgesetzbuch für veraltet.** Die Abänderung der Strafen für Forstdiebstähle war besonders dringlich, weil das alte Forstdiebstahlgesetz sehr drakonische Maßregeln enthielt. Durch die Abänderung und Milderung der Strafen kann der Richter auf die Verhältnisse der kleinen Leute und auf die Not der Zeit Rücksicht nehmen. Freiheitsstrafen sollen, wenn sie 1 Monat nicht übersteigen, durch Geldstrafen ersetzt werden. Zur Förderung des Ausbaues der Jugendgerichte soll die Strafmündigkeit von 12 auf 14 Jahre heraufgesetzt werden. An Stelle von Strafmaßregeln sollen Erziehungsmaßregeln angewandt werden. **Die Angliederung der Jugendgerichte an das Vormundschaftsgericht ist unbedingt notwendig. Das Reichsgesetz, daß Frauen zum Geschworenen- und Schöffenamte herangezogen werden können, liegt dem Reiche vor und wird demnächst erledigt werden.** Eine Erhöhung der Tagegelder für die Schöffen und Geschworenen ist erforderlich. Hinsichtlich der Verfahren in Gnadensachen, ist eine Begnadigung nur dann ausgeschlossen, wenn Gnadenrichter und Staatsanwalt sich dagegen aussprechen. Bei einem einseitigen Antrage hat darüber das Justizministerium zu entscheiden. Der Gnadenrichter soll die wirtschaftlichen und familiären Verhältnisse des Verurteilten berücksichtigen, nicht dagegen in eine Erörterung des Verfahrens eintreten, also eine Art obere Instanz bilden. **In Fällen, in denen auf eine Freiheitsstrafe von nur 6 Monaten erkannt worden ist, soll die Vollstreckung erforderlichenfalls ausbleiben.** Von der Untersuchungshaft soll nur dann Gebrauch gemacht werden, wenn auf sie nach Lage des Falls unter keinen Umständen verzichtet werden kann. Die Behauptung, die Richter entsprächen in ihren Urteilen nicht den Anforderungen der veränderten Verhältnisse, ist nicht stichhaltig. Die Schuld an Fehlsprüchen liegt in den meisten Fällen nur an dem engen Rahmen des Gesetzes für die Strafzumessung.

Abg. **Heilmann** (Soz.): Die Beratung wurde leider so rasch angesetzt, daß viele Einzelfälle, die im Ausschuß zur Sprache kamen, nicht völlig klargestellt werden konnten. Für heute wollen wir es begrüßen, daß man überhaupt den Gedanken hat, in der Justiz zu reformieren. Nur sind wir etwas ungeduldig. Es sind bereits einige Jahre seit der Revolution ins Land gegangen, **aber man verspürt noch nichts von dem neuen Geist in der Rechtspflege.** Beim Strafrecht liegen die Dinge besonders im argen. Sondergerichte und Ausnahmegerichte beschäftigen in einem fort die Gemüter. Aus dem Wirrwarr der Sondergerichte findet man sich überhaupt nicht mehr heraus. Sie

gefährden die Rechtssicherheit;

denn die Gefährdung der öffentlichen Ordnung, auf die sie ihre Berechtigung gründen, ist längst vorüber. Ferner machen sich vor den Sondergerichten bezüglich ihrer Verfassungsmäßigkeit die schwersten Bedenken geltend. **Die Sondergerichte haben besonders in** Mitteldeutschland mit ihrer Strafjustiz mehr Menschenleben zu**grunde gerichtet, als der Aufstand gekostet hat. Gewiß, es sind schwere Verbrechen begangen worden. Aber die 2500 Jahre Zuchthaus gehen weit über den Schaden hinaus, der angerichtet wurde.** Man hat doch auch nicht bei dem Kapp-Putsch jeden einzelnen Soldaten wegen Hochverrats bestraft. Bei der Roten Armee aber deduziert man so: du warst dabei, und deshalb bist du für alles verantwortlich. Wohl hast du persönlich kein Verbrechen begangen, aber du warst bei dem Haufen, und deswegen mußt du als Hochverräter bestraft werden. Wir verlangen von der Regierung Stegerwald, daß sie schleunigst auf die Nachprüfung der Urteile durch das Reichsjustizministerium dringt, damit der Wille zur Begnadigung unverzüglich in die Tat umgesetzt wird. **Oder glaubt die Regierung Stegerwald, mit den 2500 Jahren Zuchthaus die nationale Einheit, die Stegerwald so sehr ersehnt, zu fördern?** Der Wahnsinn der Klassenjustiz spaltet doch das Volk erst recht in die zwei Nationen, zerstört die Einheit. (Große Unruhe.) Gegenüber den Kappisten haben die preußischen Strafverfolgungsbehörden ihre Schuldigkeit nicht getan, wie sie diese Schuldigkeit niemals tun gegenüber Leuten, die auf der äußersten Rechten zur Gewalt auffordern. Wie steht es im Fall Lebius und überall dort, wo Mitglieder des Bundes Neues Vaterland mit Ermordung bedroht wurden? Wie steht es bei dem Prozeß gegen die Angehörigen des Freikorps Aulock? Die Offiziere wurden geschont, die Mannschaften bestraft; **jetzt hat das Reichsgericht auch die verurteilten Aulock-Mannschaften amnestiert, obwohl sie sich eines ganz gewöhnlichen Roheitsdeliktes schuldig gemacht haben.** Ich erinnere weiter an die ungleiche Behandlung der Zeitungen. Die „Rote Fahne" wird fast täglich beschlagnahmt, die **Rechtsblätter dagegen, die in der schamlosesten, ordinärsten Weise hetzen, bleiben ungeschoren.**

Und nun noch eine Reihe von kleinen Fällen. Da ist ein Landarbeiter, der wegen Beleidigung seines Arbeitgebers durch Ausdrücke wie „hungriger Hund" und „Schweinehund" schwer verurteilt wird, da ist auf der anderen Seite Herr v. Wansdorf, der seine Angestellten ebenso beschimpft und gegen den der Staatsanwalt nicht einschreitet, sondern auf den Weg der Privatklage verweist. Man höre! Die Strafkammer in Kreuzburg sagt in ihrem Urteil, der Ausdruck „Stinkiger Kerl" **sei keine Beleidigung.** Der Grundbesitzer habe sich nur volkstümlich ausgedrückt, um die beabsichtigte Wirkung zu erzielen. (Stürmische Heiterkeit.) **Auch der Ausdruck „Hetzer" sei von Herrn v. Wansdorf nur gebraucht worden, weil die Landbevölkerung das Fremdwort „Agitator" nicht verstehe.** (Schallendes Gelächter.) Ein anderer kleiner Fall! Das Amtsgericht Bentheim verkündet seine Urteile noch immer „Im Namen des Königs". Das gleiche Gericht verurteilte wegen Schmuggelverdacht einen Arbeiter zu hoher Geldstrafe, dagegen der vornehme Graf, der einen Brillantenschmuck von Millionenwert der Grenzkontrolle entzog, wurde freigesprochen mit der famosen Begründung, er habe das Schmuckstück nicht ins Ausland verschieben, sondern nur seiner Frau zu einer Hoffestlichkeit nach Doorn bringen wollen.

Abg. **Oppenhoff** (Zentr.): Das Urteil der Sozialdemokratie über unsere Rechtspflege und unsere Richter ist falsch und unbegründet. Die Kenntnisse der Arbeitersekretäre reichen für einen Vollrichter nicht aus.

Abg. Dr. **Deerberg** (Dn.): Es ist doch ein seltsamer Widerspruch daß heute diejenigen sich als Hüter des Rechts aufspielen, die sich durch einen unerhörten Rechtsbruch in den Besitz der Macht gesetzt haben. Es ist ein Kampf um die Macht, nicht um das Recht. Der Richterstand hat sein Rückgrat gerade am 9. November bewiesen. Er ging nicht sofort in das Lager der Sozialdemokratie. Wir sind für die Mitwirkung der Frau in der Rechtspflege als Laienrichterinnen. (Zuruf von Frau Ege (Soz.): Auf einmal! — Heiterkeit.) **Wenn unserem Volke die Religion erhalten wird, werden die Richter weniger Arbeit haben.**

Donnerstag 12 Uhr: Weiterberatung des Justiz-Haushalts; Kleine Vorlagen. Schluß 5½ Uhr.

Der Prozeß gegen Max Hölz

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichtsrat Braun wird nach Aufruf der Zeugen in der Beweisaufnahme fortgefahren. In den beiden Anklagepunkten **Gefangenenbefreiung und Sprengung des Amtsgerichtsgebäudes in Mansfeld,** gibt Hölz zu, den Befehl zur Sprengung und Oeffnung des Gefängnisses gegeben zu haben. Dagegen bestreite er bei der Sprengung selbst zugegen gewesen zu sein. Er habe lediglich den Wünschen der revolutionären Arbeiter stattgegeben, welche die Befreiung der Sträflinge verlangten. Wenn hier ein Zeuge behauptet — so erklärt Hölz weiter — daß er mich bei der Sprengung gesehen habe, so ist das Beweis dafür, **wie leichtfertig die Zeugen sind, die Sie sich gekauft haben. — Vors.:** (energisch): **Wir haben keine Zeugen gekauft. Ich verbiete mir solche Ausdrücke.**

Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, daß er wiederholt **von ihm verhaftete Personen geohrfeigt habe,** u. a. den **Pastor Neumeister. — Hölz: Das ist richtig.** Ich habe seinerzeit den Befehl gegeben, daß, nachdem das proletarische Standrecht von mir verkündet worden war, jeder, der die Waffen nicht abgebe, sofort erschossen werden sollte. Ich habe natürlich nicht die Absicht gehabt, diesen Befehl auszuführen, ich habe aber fürchten müssen, daß Leute, die gegen den Befehl verstoßen hatten, von den revolutionären Arbeitern mißhandelt würden, und deshalb habe ich den Leuten, wenn sie mir vorgeführt wurden,

selbst ein paar Ohrfeigen gegeben.

Hölz gibt auch zu, die Villa des Generalarztes Dr. Evers gesprengt zu haben. Die Sprengung sollte **das Signal zum allgemeinen Angriff sein,** da die Sipo sich auf 2 oder 3 Gebäude verteilt hatte. Mir war mitgeteilt worden, daß Dr. Evers Führer der Orgesch sei und in seiner Villa ein Waffen- und Munitionslager verberge. Auf Grund dieser Angaben habe ich nicht gezaudert, den Befehl zur Sprengung zu geben.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er wiederholt Personen als Geiseln festgenommen und verschleppt habe, erwidert **Hölz:** Jawohl, ich habe wiederholt den Befehl gegeben, **alle erreichbaren Personen als Geiseln festzunehmen,** hauptsächlich natürlich Angehörige der besitzenden Klassen, da von denen auch gleichzeitig Geld zu erlangen war. — **Vors.:** Was haben Sie mit den Geiseln gemacht? — **Hölz:** Sie sind sofort, nachdem ich sie verhört hatte, nach einem Lastauto gebracht worden. — **Vors.:** Sie sollen ihnen aber auch gedroht haben, sie erschießen zu lassen, wenn sie nicht in einer bestimmten Zeit eine bestimmte Summe Geld zur Stelle schaffen würden. — **Hölz: Jawohl, das habe ich gesagt. — Vors.:** Sie haben auf diese Weise von dem Postdirektor **Wendel** allein 117 000 Mark erpreßt? — **Hölz:** Jawohl. Ich brauchte das Geld zur Löhnung. Für uns Führer haben wir nichts zurückbehalten.

Dann wird der gestern vernommene Zeuge **Beyer** noch einmal vorgerufen, da die Verteidigung noch nähere Auskunft über dessen Bestreiten seiner Absicht, Hölz zu ermorden, wünscht. Der Zeuge bestreitet, eine solche Absicht geäußert zu haben. Er habe nur gebeten, ihm einige Sipo-Leute mitzugeben, dann würde er schon bald Ruhe und Ordnung schaffen. — Angeklagter: Das ist ja Unsinn was der Mann sagt! Wie sollte der Mann mit 10 Leuten Ruhe und Ordnung schaffen? Wir waren hunderte von Leuten und daraus ergibt sich schon, daß er einen Meuchelmord im Auge hatte. Es kommt im Anschluß hieran zu einer

furchtbar erregten Szene.

Auf Einwürfe des Angeklagten ruft der Zeuge mit lauter, vor Zorn bebender Stimme: **Der Lauseterl hätte nur allein in meinen Raum kommen sollen, ohne seine bewaffneten Leute, dann hätte ich ihm schon gezeigt, was er wert ist!** (Mit verzweifeltem Händeringen und fast schluchzend): Der Kerl hat meine Familie in Grund und Boden gerichtet! — Vorsitzender: Zeuge, Sie müssen Ihre Ruhe bewahren! — Zeuge (immer lauter und erregter): Dieser feige Hund! Daß ein alter deutscher Soldat sich von einem solchen Kerl, solchem Lump beleidigen lassen muß, ist doch entsetzlich. — **Der Zeuge macht Miene, sich auf Hölz zu stürzen,** ringt die Hände und kann nur durch zwei hinzueilende Sipo-Männer von einem Angriff auf Hölz zurückgehalten werden, die ihn zur Zeugenbank zurückführen. — **Hölz:** Dem **Manne ist gar nichts geschehen,** auch hat er gar keinen Verlust erlitten. Es ist merkwürdig, daß gerade die Leute, die am wenigsten zu leiden gehabt haben, Dinge hier zur Sprache bringen, die gar nicht passiert sind. **Das zeigt nur am besten, daß solche Leute gekauft sind.** — Justizrat **Broh:** Das wollen wir von diesem Zeugen nicht sagen, aber er ist offenbar ein Psychopath und ich beantrage, seine Frau als Zeugin vorzuladen und ihn auf seinen Geisteszustand zu untersuchen. — Rechtsanwalt Hegewisch schließt sich diesem Antrage an. Angeklagter: Dem Zeugen ist nichts weiter geschehen,

als daß ich ihn geschlagen habe,

aber nicht mit der Pistole, wie er behauptet, sondern ich habe ihn mit der Hand ein Paar Ohrfeigen gegeben. Ich hätte ihn nach dem mir zustehenden Recht erschießen lassen können, weil er Waffen nicht abgeliefert hatte. Ich habe nicht geschossen, noch viel weniger auf seine unschuldigen Kinder. **Wenn ich hätte schießen wollen, hätte ich auf ihn selbst geschossen.** Hölz wird hier elegisch und erklärt mit fast weinerlicher Stimme: Ich, der ich eine so schwere Kinderzeit durchgemacht habe, soll auf unschuldige Kinder schießen? **Der Angeklagte zitiert einen auf die Kinder bezüglichen Vers und erklärt: Das ist ja ein eminenter Wahnsinn!** Ich habe dem Zeugen gegenüber nur meine Pflicht getan! — Rechtsanwalt Hegewisch (zum Zeugen): Haben Sie nicht gestern zu einem Manne geäußert: „Wenn Hölz nicht zum Tode verurteilt wird, dann muß der Staatsanwalt Jaegen dran glauben?" — **Zeuge:** Ach, das ist ja alles Unsinn! — Der Verteidiger behält sich vor, darauf zurückzukommen.

Justiz-Obersekretär Benecke berichtet gleichfalls über die vorgenommenen Sprengungen und die dadurch verursachten Materialschäden. — Sehr ausführlich und anschaulich erzählt der Prediger Neumeister aus Wimmelburg, der als Geisel weggeschleppt worden ist, seine Erlebnisse. Der Zeuge, der mit Dr. Evers, dessen Frau und zahlreichen anderen Geiseln verhaftet war, sagt aus, daß Hölz den Befehl ausgegeben habe, der Sipo mitzuteilen, **daß das Leben der Geiseln von dem Leben der in Eisleben verhafteten Kommunisten abhänge.** Zu uns hatte Hölz gesagt: „In Eisleben ist die Frau des Redakteurs Schneider verhaftet. Wird sie ermordet, dann werden auch alle Gefangenen erschossen." Auf vielen Umwegen sind die Gefangenen auf einem Lastwagen, der einem Auto mit Munition angehängt war, weggebracht worden. Bei Lauchstedt kam die Schupo, und unser Wagen wurde befreit. — Vors.: Dabei wurden Pastor Schneider und Pastor Müller von seiten der Schupo erschossen. Zeuge: Pastor Müller war in Lauchstedt in vollem Ornat auf dem Wege zur Kirche verhaftet worden. Als die Schupo anrückte, sprangen die Kommunisten vom Wagen und warfen sich in den Graben. Unser Wagen diente ihnen zwischen sich und der Schupo als Deckung. **Pastor Müller sank mit zwei Schüssen in Brust und Kopf zusammen.** Uns war streng verboten, den Wagen zu verlassen. Angeklagter Hölz erklärt zu den Aussagen des Zeugen, daß damit nur eine Bedrohung beabsichtigt gewesen sei,

damit Ernst zu machen, hätte niemand beabsichtigt.

Er habe im Gegenteil Anweisung gegeben, den Wagen mit den Geiseln nach hinten zu bringen, als er von einem württembergischen Panzerzug beschossen wurde.

Zeuge Bergmann **Metzroth** bekundet, daß er von den Hölzschen Leuten geschlagen und mit Fußtritten bearbeitet worden sei, als er sich weigerte, in die Rote Armee einzutreten.

Generalarzt Dr. Evers-Eisleben schildert ebenfalls sehr ausführlich seine Erlebnisse am 25. März. Gleich nach dem Erscheinen von Hölz in des Zeugen Villa und seiner und seiner Familie Verhaftung erfolgte **eine furchtbare Detonation, das Krankenhaus bebte,** trotz seiner festen Mauern in den Grundfesten, und sämtliche nach der gesprengten Villa gelegenen Fenster waren geplatzt. Geraume Zeit später bemerkte Zeuge, daß in einem Vorderzimmer seiner Villa ein flackerndes Feuer brannte, welches offenbar nachträglich angezündet war. Am späten Abend wurde Zeuge von einem Bewaffneten nach dem Krankenhause gebracht, wo ihm Max Hölz entgegentrat. Hier sah Zeuge, daß dieser nicht derselbe war, wie der Mann, der sich zuerst als Max Hölz ausgegeben hatte. Auf meine Frage, so fährt Zeuge fort, wer nun eigentlich der richtige Max Hölz sei, erklärte der zweite Mann: „Ich bin Max Hölz.

Der andere ist mein Adjutant, Franz Schneider.

Was der tut, ist so gut, als wenn ich es selbst tue. **Er kann sich deshalb auch Max Hölz nennen."** Ich mußte nun immer unter der Drohung, sofort erschossen zu werden, und angesichts der drohenden Pistolenmündungen, verschiedene Aufträge ausführen, wobei ich stets barsch angeschnauzt wurde. Am nächsten Morgen kam ich zu dem Entschluß, mich unsichtbar zu machen, da ich damit rechnen mußte, von Hölz als Geisel verschleppt zu werden. Ich setzte mich mit meiner Frau auf die Fahrräder und fuhr los. Unterwegs hatte ich das Pech, wieder Hölz in die Arme zu laufen. Wir wurden beide für verhaftet erklärt und in ein Zimmer gesperrt, wo Hölz in barschem Tone mir zurief: „Taschen auf!" Hölz durchsuchte alles und gab mir, da er nichts Verdächtiges fand, alles wieder zurück. Später verlangte Hölz nun 500000 Mark von mir, anderenfalls ich erschossen würde. Als meine Frau Einwendungen machte, fuhr sie Hölz an: **„Maul halten! Mit Frauenzimmern haben wir nichts zu schaffen, die können sich einen Strick kaufen oder ins Wasser springen!"**

Vorsitzender: Welchen Schaden haben Sie durch die Sprengung der Villa erlitten? — Zeuge: **Meine gesamte Habe ist vollkommen vernichtet worden.** Ich fand nur noch einen Schutthaufen verbrannten Gerümpels, nicht ein Stück ist gerettet worden. Der Gesamtschaden beläuft sich auf über 500000 M.

Postdirektor Wendel aus Sangerhausen schildert, wie das dortige Postamt von den kommunistischen Räuberbanden ausgeplündert worden war. Hier wurden ca. 70 000 Mark geraubt. — Der Zeuge, Polizeiinspektor Klapprogge schildert ebenfalls seine Erlebnisse als Geisel und verneint eine Frage des Vorsitzenden, ob er persönlich von Hölz mißhandelt worden ist. Mit erhöhter Stimme erwähnt der Zeuge, daß ihm sein Portemonnaie und auch eine Schlipsnadel, die ein Andenken an seinen verstorbenen Jungen gewesen, abgenommen worden seien. — Hölz: Mir ist ja bei meiner Festnahme auch alles weggenommen worden! **Ich trage ja jetzt auch keine Schlipsnadel!** Mit demselben Recht habe ich Ihnen auch Ihre Schlipsnadel weggenommen.

Die sechs Toten von Schraplau

Bürgermeister Borchert (Schraplau), der über eine vorgekommene Plänkelei berichtet, weiß nichts von Sprengungen und auch nichts davon, daß, wie die Verteidigung behauptet, Arbeiter von Sipoleuten ermordet wurden. Die Verteidigung wünscht weitere Auskunft in dieser Beziehung, worauf der Zeuge erwidert, **daß die Sipo nur am Morgen durchgezogen sei, und gegen Mittag, nach Abzug der Sipo, sechs Arbeiter in einem verlassenen Kalkofen mit Schüssen in der Brust aufgefunden seien.** Wie sie ums Leben gekommen sind, und ob sie ermordet sind, kann der Zeuge nicht bekunden; das sei Gegenstand einer noch schwebenden Untersuchung. Weitere hierauf bezügliche Aeußerungen des Hölz unterbricht der Vorsitzende mit der Bemerkung: **Lassen Sie doch! Wir verhandeln hier nicht gegen die Sipo, sondern gegen Sie!** — Hölz mit sehr lauter, schließlich ins Brüllen übergehender Stimme: Sie verhandeln nicht gegen mich, sondern gegen das revolutionäre Proletariat. Sie haben hier nur den Mut der Verhandlung, weil Sie sich auf die bewaffnete Macht stützen! Ihnen ist es natürlich gleich, wenn Arbeiter ermordet werden, aber Sie regen sich auf, wenn Kapitalisten ermordet werden. — Vors.: **Mäßigen Sie Ihre Sprache!** — Hölz (schreiend):

Führen Sie doch mich und meine Verteidiger hinaus!

Weitere Ausführungen der Verteidiger beziehen sich noch eingehender auf die von ihnen behauptete Ermordung der 6 Arbeiter durch die Sipoleute und stellen den Antrag auf Ladung eines außerhalb wohnenden Arbeiters. Das Gericht beschließt, diesen neuen Zeugen auf den 20. d. M. zu laden und vertagt die Sitzung auf Freitag, 9½ Uhr.

HERMANN TIETZ

Billige Lebensmittel

Nur gute Qualitäten

Kirschen süsse rote ..... Pfund **1.30**
Kohlrabi mittlere Knollen ..... Mandel **1.25**

Neue Kartoffeln ..... Pfund **1.75**
Junge Möhren ..... grosses Bund **2.25**

Rehblätter ..... Pfund **11.75**
Rehkochfleisch ..... Pfund **5.00**
Landleberwurst sehr gute Qualität ..... Pfund **10.50**

Junge Brathühner Stück von **15.00** an
Gefr. Kaninchen ohne Kopf und Füsse .... Pfund **3.75**
Brüh-Mettwurst ..... Pfund **10.00**

Goudakäse ..... Pfund **9.00**
Edamer Käse ..... Pfund **17.00**
Zervelatwurst ..... Pfund **25.00**

Gebr. Kaffee aus eigener Rösterei, täglich frisch ..... Pfund **18.00**
Allerfeinste Naturbutter zu billigsten Tagespreisen

Ausgelassener Talg ..... Pfund **6.60**
Allerfeinste Margarine ½-Pfund-Paket **5.00**

Fleisch	Fehlrippe u. Brust	Schmorfleisch	Schabefleisch	Gehacktes	Kalbskamm	Kalbskeulen	Hammelfleisch
	gefroren Pfund .. 8.00	ohne Knochen gefroren, Pfund 10.00	gefroren Pfund .. 12.00	gefroren Pfund .. 9.00	frisch Pfund ... 8.50	frisch Pfund ... 10.00	frisch Pfund ... 12.00

Theater und Vergnügungen

Volksbühne 7 Uhr: **Der Bauer als Millionär**

Neues Volkstheater Köpenicker Str. 68. 7 Uhr: **Die St. Jakobsfahrt**

Staatstheater. Opernhaus 7 Uhr: Der Barbier von Sevilla. Schauspielhaus 7 Uhr: Stroh — Die Filege

Direktion: Max Reinhardt. **Deutsches Theater** 7½: Potosch u. Perlmutter. **Kammerspiele** 8 Uhr: Frühlings Erwachen. **Großes Schauspielhaus** Karlstraße 7 U.: Ein Sommernachtstraum (12. Abteilung, 5. Abend)

Theater i. d. **Königgrätzer Str.:** Täglich 7.30 Uhr: **Mit dem Feuer spielen** 9 Uhr: Satans Maske (Drake, Niemann, Bildt)

Berliner Theater: DAS Milliarden SOUPER 7.30 Uhr: Hilde Wörner, Ulchi Mest, Ralph Arthur Roberts, Herd. Kiper, Paul Rehkopf

Komödienhaus: Allabendlich 7.30 Uhr: Der blonde Engel von Robert Winterberg. Paul Heidemann a. G., Josefine Dora v. Staatsth. a. G., Inge von der Strasten, Ilse Narsen, Georg Vaselt, Kurt Busch, Julius Rogge.

Residenz-Theater 7½ Uhr: Max Adalbert in Wenn das Spiel gemacht ist — — — — ab dafür

Trianon-Theater 7½ Uhr: Alfred Abel in Am Teetisch

Kleines Theater 7½ Uhr: Olga Limburg in Nur ein Traum

Walhalla-Theater 7½ Uhr: Die Scheidungsreise

Lessing-Theater Direkt.: Victor Barnowsky. Allabendlich 7½ Uhr: Die Ballerina des Königs (Konstantin, Götz)

Deutsch. Künstl.-Theater 7½ Uhr: Geständnis (Ralph, Korff, Otto).

Thalia-Theater 7½ Uhr: Mascottchen

Komische Oper 7½ Die Oper 7½ **Alt-Heidelberg**

Theater am Nollendorfplatz 3½ Uhr: Der Strom. 7½ Uhr: Der Vetter aus Dingsda

Rose-Theater 7½ Uhr: Wo die Schwalben nisten

7½ Apollotheater 7½ Friedrichstraße 218. Täglich: Tip-Tip Hurra! oder Der Sport-Schlemihl mit Wilhelm Hartstein

Berliner Prater Kastanien-Allee 7-9. Täglich 4½ Uhr: Die Schönste von Allen. Operette von Jean Gilbert. Varieté-Sensationen

Theat. a. Kottb. Tor. Tel. Moritzplatz 10077. Täglich 7½ Uhr: Elite-Sänger — 10 Herren! — Vorvk. 11-1½ u. 4-6

Metropol Hohenstaufenstraße 54. 7½ Uhr: Intern. Damen-Boxkämpfe und der unübertreffliche Juni-Spielplan

Neue Welt Arnold Scholz — Hasenheide 108/114

Donnerstag, den 16. Juni 1921

Vollständig neues Varieté-Programm

Großes Fronten-Feuerwerk

mit riesigen Schluß-Dimensionen u. a.

Villa Pomp od. Wohnungsnot ausgeführt vom Pyrotechniker E. Nielandt

Anfang 5 Uhr — Anfang 5 Uhr

EMILE ZOLA
GESAMMELTE NOVELLEN
Durchgesehen und herausg. von Hans Jacob
Drei Bände
Zum ersten Male wird hier eine Zusammenfassung von Zolas novellistischem Schaffen in deutscher Sprache geboten, in der wir neben den allbekannten Meisternovellen des grossen Romanschriftstellers auch Werke finden, die bisher in Deutschland wenig zugänglich waren. Unmittelbar mit Wärme und Leidenschaft spricht aus dieser Sammlung menschliches Erleben, innere Erschütterung.
Preis: elegant gebunden m. farbigen Umschlagzeichnungen M. 100.—, in Halbleder M. 150.—
Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder durch den
VERLAG GUSTAV KIEPENHEUER POTSDAM

Civil- und Militär-Hosen 1a Verarbeitung, Garantie für guten Sitz, nur Engros, äußerst billig, Militär-Hosen 45.— **Pilz & Fingerhut,** Berlin, Alte Schönhauser Straße 19.

Viel Geld verdienen! Händler, Hausierer und Wiederverkäufer wenn sie ihren Bedarf in **Hosen aller Art** bei **A. Neumann, Hosenfabrik, Rochstraße 17,** am Alexanderplatz, einkaufen.

Billige Arbeiterstiefel! gut durchrepariert, neu besohlt.
Schnürschuhe, Paar Mark 35,—
Schaftstiefel, Paar Mark 50,—
sowie Geschirrsachen und Leder aller Art zu außerordentlich billigen Preisen.
Militärmäntel, Röcke u. Hosen zu fabelhaft billigen Preisen.
Eisleben Str. 11, Laden 4. Französische Str. 28, Ecke Friedrichstr. Berlin O, Frankfurter Allee 317. Charlottenburg, Scharrenstraße 31. Spandau, Charlottenstr. 2. Tel.: Spandau 429 (Reb.-Anschl.)

Stenotypistin erste Kraft, gegen sehr gutes Gehalt **sofortgesucht. Eilofferte** unter „G 81" an die Expedition dieses Blattes, Breite Straße 8/9.

Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H.
Sonnabend, den 18. Juni 5 Uhr nachm.
Generalversammlung im Saale des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes.
2. Bericht des Aufsichtsrates.
3. Anträge.
4. Neuwahl des Vorstandes und des Aufsichtsrates.

Der Aufsichtsrat
J. A.: Otto Döring.

Durch Beschluß des Aufsichtsrates haben die alten grauen Legitimationskarten keine Gültigkeit, sondern die neu ausgestellten Ploletten und das Mitgliedsbuch der USPD.

Hosenfabrik Spez. Arbeitsw. u. Militärhosen, Preise von 50.— M. an. Auch Damenröcke sehr billig zu haben. **Denn, Münzstr. 8.** Sonnabends geschlossen!!!

Alt-Metalle verkauft man nur richtig Borsigstraße 1

Kupfer Messing, Zinn, Quecksilber, Platin-, Gold-, Silberbruch Händlern Extrapreise! Brunnenstr. 11, Beusselstraße 29, Fennstraße 48

Homöopath. Inst. (1906) Erfolgreich giftfreie Kuren ohne Einspritzungen. **Kries** Bln.-Hohenschönhausen (55 Oberseestr. 41 (Telefon) Ausk. u. Brosch. 80 Pf. Porto.

Händler Seife, Lichte, Schuhcrem, Streichhölzer jetzt konkurrenzlos billig! Nur gut. Qualitätsware. **Dietz,** Kl. Frankfurter Str. 13

Hausschwamm bringt der sicher wirkende „Dr. Blasbalsam", der auch in hartnäckigsten Fällen bewährt ist. M. 15.—. Zur gleichzeitigen innerlichen Kur Sultaria-Blutreinigungspulv. Sch. M. 4.50 übliche 3 Sch. M. 13.—. Otto Reichel Berlin 46, Lisenbahnstr. 4.

Zigarettengroßhandlung Verk. Marken f. Wiederverkäufer. Dessen, Alexanderplatz 2, 1 Tr.

Kupfer, Messing, Rotguß, Blei, Zinn usw. kauft höchstzahlend O. Tillatter Strasse 81.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Achtung! Erwerbslose Drücker Achtung!
Unsere **Arbeitslosenversammlung** findet schon heute Donnerstag, den 16. Juni, mittags 1 Uhr im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11-12, statt.

Am Freitag, den 17. Juni 1921, abends 5 Uhr, in den Schultheiß-Festsälen, Neue Jakobstr. 24-25

Versammlung
der Bauklempner und aller bei Innungsmeistern und in Kleinbetrieben beschäftigten Klempner.
Tagesordnung:
1. Das Ergebnis der Tarifverhandlungen.
2. Beschlußfassung.
3. Branchenangelegenheiten.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Am Sonntag, den 19. Juni 1921, vormittags 9 Uhr in Bökers Festsälen, Weberstr. 17

Versammlung
der Lokomotivschmiede.
Tagesordnung:
Beschlußfassung über die Anträge der letzten Versammlung.
Die Ortsverwaltung.

Am 13. Juni d. Js. starb unsere Lehrerin, die Genossin
Anna Fasching
Wir verlieren in ihr eine eifrige und verständnisvolle Mitarbeiterin, deren Verlust uns sehr schmerzt.
Betriebsräteschule der Freigewerkschaftlichen Betriebsräte-zentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Soeben erschienen!

Heft 4
Jung und Alt in der proletarischen Jugendbewegung
Von Engelbert Graf
Preis 2.50 Mark
Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit" Berlin C 2, Breite Straße 8-9
Auch in den Filialen der „Freiheit" erhältlich

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Berlin

Todesanzeige
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:

Der Arbeiter **Georg Philippi** Fennstr. 30, am 13. d. M. Die Einäscherung findet am Freitag, den 17. d., mittags 12 Uhr, im Krematorium Gerichtstr. statt.

Der Arbeiter **Hermann Hoff** Spandau, am 11. d. M. Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. d., nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Spandauer Kirchhofes, in den Tischeik, aus statt.

Der Dreher **Hans Bischoff** Dellingstraße 16, am 12. d. M. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. d., nachmittags 1½ Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes, Friedrichsfelde, aus statt.

Der Arbeiter **Franz Scholz** Brik, Hannemannstr. 31, am 9. d. M. Die Beerdigung findet am Donnerstag, d. 16. d., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Kirchhofes in Brik, Chausseestr., aus statt.

Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Schlafzimmer eichenes, echter Marmor, Aufleg-Matratzen, 3850.—, weißes 2900.—, Herrenzimmer, schwere Ausführung, Bibliothek, geschliff. Scheiben, 3650.—, Speisezimmer, hübsches Muster, mit 6 Polsterstühl., 3750.—, Küchen 500.—, Kinderwagen 2500.—, Standuhren, nußbaum, eichen, 1200.—. Große Auswahl in schweren Herren-, Speise- u. Schlafzimmern enorm billig. **Hans Leunert** Lothringer Str. 55 am Rosenthaler Platz.

Landparzellen in Jeesen, dicht am Ser. 10 Min. v. Bhf., □ M. v. 25 M. an, bei kleiner Anzahlung verkauft B. Roschatzky, Berlin O. 54, Rosenthaler Straße 38, Nord. 5002. 9—4. Sonntags jederzeit im Restaurant Schulz, direkt am Bhf. Königswusterhausen.

Alle Parteien! sind sich darüber einig, daß unsere Schuhwaren stets gut und billig sind

Beweis:
Damen braun echt Chevr. Schnür- u. Spangenschuhe alles Leder 125.00
Damen schwarz Schnür- u. Spangenschuhe schicke Formen alles Leder von 88.00 an
Herren braun Rindlox-Stiefel helle und dunkle Farben moderne Formen . . von 185.00 an

Schuh-Engros-Lager Kaatz Kein Laden **Münzstr. 10, I. Etage** Kein Laden

Jeder Käufer erhält 1 Paar prima Gummiabsätze vollständig kostenlos und Fahrgeld vergütet.

Groß-Berlin

Kino, Polizei und Jugendamt

So sehr wir sonst der Zensur ablehnend gegenüberstehen, so sehr liegt es im Interesse der Jugend, daß eine Kontrolle über Filme ausgeführt wird, die vor Jugendlichen zur Aufführung kommen. Es handelt sich dabei in erster Linie darum, wer dazu berufen ist, diese Kontrolle auszuüben. Das Lichtspielgesetz vom 23. Mai 1920 sieht Prüfungsstellen vor, deren Zusammensetzung im § 9 geregelt ist. Es heißt dort: „Die Prüfungsstellen setzen sich aus beamteten Vorsitzenden und Beisitzern zusammen. Von den Beisitzern ist je ein Viertel aus den Kreisen des Lichtspielgewerbes und der auf den Gebieten der Kunst und Literatur bewanderten Personen, die Hälfte den auf den Gebieten der Volksbildung oder der Jugendwohlfahrt besonders erfahrenen Personen zu entnehmen.“ Man sieht hier, daß bei den Prüfungsstellen die Polizei ausgeschaltet ist, man war bestrebt, wirklich kundige Prüfer zu bestellen.

Nun sind in dem Lichtspielgesetz eine Reihe Bestimmungen, die tatsächlich der Polizei wieder Zensurrechte einräumen. So § 5 Abs. 2, der von der Genehmigung der Reklame durch Anschlag und durch Druckschriften handelt. Diese Genehmigung ist, soweit sie nicht von der Prüfungsstelle erteilt ist, der Ortspolizeibehörde übertragen. Die Polizei ist nach den reichlich gemachten Erfahrungen nicht nur in der Vorkriegszeit, sondern auch nach der Revolution keine geeignete Instanz, der man Zensorrechte über Druckschriften übertragen kann. Dieses Tätigkeitsgebiet gehört unseren Jugendvertretern. Das gleiche gilt von § 6, der „Bildstreifen über Tagesereignisse und Bildstreifen, die lediglich Landschaften darstellen“, überhaupt nur von der Genehmigung der Ortspolizeibehörde abhängig macht. Diese soll entscheiden nach § 1, ob ein solcher Bildstreifen geeignet ist, „die öffentliche Ordnung oder Sicherheit zu gefährden, das religiöse Empfinden zu verletzen, verrohend oder entsittlichend zu wirken, das deutsche Ansehen oder die Beziehungen Deutschlands zu auswärtigen Staaten zu gefährden“. Diese Bestimmung gibt der Polizei eine ziemlich große Macht in die Hand, die aber letzten Endes in der Hand ungeeigneter Personen zu manchem Mißbrauch führen kann. Auch diese Rechte gehören in den Aufgabenkreis der Jugendämter.

Das Entscheidende bei der ganzen Frage ist aber die Kontrolle der Kinotheater über die Durchführung des Lichtspielgesetzes. Hier herrscht eine heillose Zersplitterung. In einzelnen Gemeinden sind bereits die Kontrollbeamten des Jugendamtes, zumeist ehrenamtliche Helfer, mit polizeilichen Ausweisen versehen. In den meisten Gemeinden aber sträubt sich die Polizei mit Händen und Füßen dagegen, etwas von ihren Rechten aus der Hand zu geben. Es handelt sich nicht nur um Kontrolle, ob Jugendliche in den Abendvorstellungen anwesend sind; ebenso wichtig ist die Kontrolle der sogenannten Jugendvorstellungen. In solchen Vorstellungen werden immer wieder Filme vorgeführt, die nicht für die Jugend freigegeben sind. Die Jugendämter müssen die Möglichkeit haben, gegen die freigegebenen Filme Einspruch zu erheben, da sie oft genug alles andere als für die Jugend geeignet sind.

Um nun alle diese Fragen im Sinne einer wirksamen Durchführung des Gesetzes zu regeln, hat die U. S. P.-Fraktion in der Berliner Stadtverordnetenversammlung einen Antrag gestellt, der bereits in der „Freiheit“ veröffentlicht wurde. Der Zweck dieses Antrages ist, alle an der Jugendwohlfahrt interessierten Kreise, u. a. auch die Elternbeiräte, zur entscheidenden Mitarbeit heranzuziehen.

Lazarett Schloß Charlottenburg

Wir berichteten über das rigorose Vorgehen der Lazarettverwaltung sowie der Versorgungsbehörden gegenüber den Lazarettinsassen, des Versorgungslazaretts Schloß Charlottenburg, das in der vorigen Woche dazu geführt hat, daß den Insassen die Verpflegung und die ärztliche Behandlung gesperrt wurde. Die Lazarettinsassen haben daraufhin das Lazarett in eigener Verwaltung weitergeführt. Man beabsichtigt scheinbar, die Insassen mit Gewalt aus dem Lazarett herauszubringen. Um diesen Schritt in der Oeffentlichkeit vorzubereiten, wird eine Denkschrift über die Vorgänge im Lazarett vom bisherigen Chefarzt Dr. Hecker verbreitet. Zu dieser erhalten wir von den Insassen nachstehende Zuschrift:

Herr Dr. Hecker sucht durch eine neue Denkschrift abermals Schmutz auf die Insassen des „Schloßlazaretts“ zu werfen, vergißt aber wissentlich die Hauptgründe zu dem Chaos. Er erwähnt nicht, daß unannehmbare Verfügungen, wie Vertrauensmänner-Ordnung und auch jene über die Verlegung in das Uebergangsheim in der Alexandrinenstraße (ein ehemaliger Pferdestall), andauernd die Patienten beunruhigten. Er vergißt wissentlich alles, was in der Oeffentlichkeit nicht zu seinen Gunsten ausgelegt werden könnte. Er zieht Fälle heran, die sich im Leben täglich ereignen, wofür aber niemals die Gesamtheit verantwortlich gemacht werden kann; er erwähnt, daß ein Kranker sich hat hinreißen lassen, einen Arzt zu schlagen. — Obwohl die Patienten selber diesen Fall bedauern und den Kameraden aus dem Lazarett wiesen, sei nur erwähnt, daß dem Kameraden wichtige Zusatz-Lebensmittel gestrichen wurden. Er hat aus Sorge um seine Familie, da das Versorgungsamt ihm während der Lazarettzeit zuviel empfangene Beträge einfach sperrte, sich vergessen. Das Gericht soll Klarheit bringen!

Ferner sei mitgeteilt, daß die Kommission, die das letzte Mal mit Herrn Dr. Hecker verhandelte, gewillt war, für die Erhaltung des Lazaretts die größten Opfer zu bringen, und versuchte, den Anordnungen der Behörde gerecht zu werden. Keine Erhörung! Ein glattes „Nein“! Unschuldige Kameraden, deren Schuld nicht feststand resp. festgestellt wird, sollen verlegt werden! Warum gibt man kein Material! Warum läßt man es nicht von Unparteiischen prüfen?

Wir alle sind entschlossen, den Kampf um die Erhaltung des Lazaretts durchzuführen. Wir wollen nichts anderes als unser Recht, Behandlung mit menschlicher Vernunft und Erhaltung des Lazaretts als orthopädische Anstalt!

Neue deutsche Wissenschaft

Im neuesten Geographiebuch von E. v. Seydlitz, Ausgabe D, Heft 4, 1921, wird der wißbegierigen Jugend der alte Schmarren vorgesetzt, daß das Deutsche Reich aus sonndsoviel Königreichen, Großherzogtümern, Herzogtümern, Fürstentümern bestehe. An der Spitze des unauflöslichen Bundesstaates steht — nach neuester Forschung! — der König von Preußen als Deutscher Kaiser (fettgedruckt natürlich!). Der überseeische Handel bedarf zu seinem Schutze einer starken Kriegsflotte! ... Um die über 88 Seiten verbreiteten Irrtümer und Blößen etwas zuzudecken, ist hinten ein schmächtiges „Friedensergänzungsblatt“ (vom Februar 1921!) angehängt. Darauf ist zu lesen, daß das Deutsche Reich „in gefährlicher Weise im O. und W. von mißgünstigen oder feindlich gesinnten Nachbarstaaten begrenzt wird!! ....

Nach unseren Begriffen ist das wissentliche und künstliche Volksverbildung. Ist dem Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung dieses Geistesprodukt, mit dem man die Jugend füttert, unbekannt — oder regieren dieselben Geheimräte weiter, die vor „Herrn Seydlitz auf dem Falben“ und seinen Schwadroneuren — strammstehen?

Unsere Stadtverordnetenfraktion hat der Berliner Stadtverordnetenversammlung nachstehende Anfrage zugestellt: „Die Stadtverordnetenversammlung hat seinerzeit mit Mehrheit die Schaffung nur eines Stadtschulrat-Postens für die Stadtgemeinde Berlin beschlossen. Dieser Stadtschulrat sollte, um seiner zentralen Bedeutung für das Schulwesen der gesamten Stadtgemeinde gerecht zu werden, den Titel Oberstadtschulrat führen, wie aus der Einführung durch die Herren Stadtverordnetenvorsteher und Oberbürgermeister eindeutig hervorging. Neuerdings scheint der Magistrat dem Herrn Oberstadtschulrat diesen Titel aberkannt zu haben. Dieses Vorgehen würde die Stellung des Oberstadtschulrates erheblich schwächen. Wir verlangen Auskunft darüber, ob eine derartige Verfügung erfolgt ist und im bejahenden Falle, was den Magistrat veranlaßt hat, einseitig und ohne Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung eine derartige einschneidende Maßnahme vorzunehmen?“

Das Hauptwohnungsamt, Neue Friedrichstraße 80, ist nicht mehr zuständig für Einzelfragen, z. B.: **Anfragen und Gesuche** betreffend: a) Zuweisung von Geschäfts- und Wohnräumen, b) Beschlagnahme von Geschäfts- und Wohnräumen, c) Tausch von Geschäfts- und Wohnräumen, d) Anzeigen und Vorlagen von Mietverträgen. Nur die Ueberweisung von Ortsfremden an die Berliner Wohnungsämter erfolgt in der Hauptverteilungsstelle, Neue Friedrichstraße 80, Zimmer 37-38. Alle oben bezeichneten Anfragen und Anträge werden in den zuständigen Wohnungsämtern (früher Wohnungsinspektionen) erledigt. Sämtliche hier schon eingereichten und im Hauptwohnungsamte irrtümlich etwa jetzt noch eingehenden Schreiben vorgenannter Arten werden an die betreffenden Wohnungsämter direkt weitergegeben.

Genügend Milch vorhanden. Von zahlreichen Seiten gehen dem Milchamt Klagen darüber zu, daß in den Milchkleinhandelsgeschäften nicht genügend Milch zu haben ist. Demgegenüber erklären die Milchfahrer, die die Milch von den Meiereien zu den Kleinhandelsgeschäften bringen, daß ein weiterer Bedarf nicht vorhanden ist. Das Milchamt bittet nunmehr die Bevölkerung, ihm unter Milchamt, Berlin NW.21, Alt-Moabit 98-103, Telephon Moabit 8522, unmittelbar Mitteilung darüber zu machen, wenn in den Milchkleinhandelsgeschäften nicht genügend Milch vorhanden ist. Das Milchamt wird dann in den in Betracht kommenden Bezirken einzelnen Geschäften in besonders großem Umfange Milch zuführen und diese Geschäfte der Bevölkerung bekanntgeben.

Die Geschäftsstellen des Bezirksamtes (Tiergarten) einschl. der Beschwerdekommission über das zuständige Wohnungsamt pp. werden am Freitag, den 17. d. Mts., von Genthiner Str. 38 nach dem Grundstück Klopstockstraße 24 verlegt. Die Sitzungen der Bezirksversammlung finden auch weiterhin in der Aula des Friedrich-Werderschen Gymnasiums, Bochumer Str. 8a, statt.

Ehemalige Kriegsgefangene Groß-Berlins! Die Einstreichungsfrist für ehemalige Kriegsgefangene, die bisher keine Ansprüche auf Nachzahlung der militärischen Löhnung für die Zeit der Kriegsgefangenschaft oder auf Entschädigung für die bei der Gefangennahme geraubten Gegenstände geltend gemacht haben, oder die wegen Fristüberschreitung abgelehnt wurden, ist bis zum 29. Juni verlängert worden. Es wird dringend gebeten, die Frist innezuhalten. Kriegsgefangene aus dem früheren Stadtkreis Berlin wenden sich schriftlich an den Zentral-Hilfsausschuß, Molkenmarkt Nr. 9-10 II; ehemalige Kriegsgefangene der neuen Verwaltungsbezirke richten ihre Anträge nur schriftlich an die am Sitze der Verwaltung der ehemaligen Vororte noch bestehenden Hilfsausschüsse.

Betriebsänderungen bei der Berliner Straßenbahn. Ab 18. Juni treten folgende Veränderungen in Kraft: Verkürzung der Linie 26 bis zur Kleinen Frankfurter Straße. (Schleife: Alexander-, Kaiser-, Kl. Frankfurter-, Landsberger Straße.) Weiterführung der Linie 22 bis Tegel; Linie 31 kommt in Fortfall. Weiterführung der Linie 46 bis Pankow, Breite Straße; Linie 45 kommt in Fortfall. Auf den Linien 62 und 162 wird der Schleifenbetrieb aufgehoben. Linie 62 fährt in beiden Richtungen über Oliva er Platz bis Stuttgarter Platz und Linie 162 über Savignyplatz bis Sophie-Charlotte-Platz. Linie 70 fährt nur bis Lichtenberg, Gudrunstraße, statt bis Friedrichsfelde und Linie 73 bis Weißensee, Schloß, statt bis Rennbahnstraße. Die Linie T wird eingezogen. Die Linien 17, 35, 97 und I erhalten veränderte Fahrpläne. Näheres ergeben die Fahrplanaushänge in den Wagen.

Eine nachdrückliche Strafe verhängte das Schwurgericht I über zwei aus dem Osten eingewanderte fragwürdige „Mitbürger“, die des Münzverbrechens angeklagt waren. Die Kaufleute David Nachmanowicz und Mendel Federkohl waren aus Lodz nach Berlin gekommen, um hier Geschäfte zu betreiben, die das Licht der Sonne zu scheuen hatten. Ihr Geschäftsfeld bildete die Grenadierstraße und Umgegend. Sie widmeten sich vorzugsweise der Unterbringung falscher Fünfzigmarkscheine. In welchem Umfange dies geschehen ist, ist leider nicht festgestellt worden, doch wurden, als sie festgenommen wurden, bei ihnen noch zehn solcher Falschscheine vorgefunden. Obgleich ihnen eine Vorbestrafung nicht nachzuweisen war, sie also als unbestraft zu gelten hatten, verurteilte der Gerichtshof die Angeklagten zu je 2½ Jahren Zuchthaus.

Der Potsdamer Raubmord vor Gericht. Der Raubmord an der 57jährigen Inhaberin eines Potsdamer Schönheits-Instituts, Fräulein Auguste Beek, kam Mitwoch vor den Potsdamer Geschworenen zur Verhandlung. Angeklagt wegen Mordes ist der 24 Jahre alte Schlosser und Schmied Hermann Grahl aus Potsdam. Fräulein Beek wurde am 2. Februar dieses Jahres erdrosselt in ihrem Behandlungszimmer in der Schwertfegerstraße aufgefunden. Durch ein zurückgelassenes Taschentuch konnte Grahl bald darauf ermittelt werden. Der Angeklagte gestand, die Tat in sadistischer Leidenschaft begangen zu haben.

Die Ermordung des Gutsbesitzers Otto auf dem sogenannten Schneckenberg im Tiergarten, die das Schwurgericht des Landgerichts I an zwei Tagen beschäftigte, hat nun gestern durch den Spruch der Geschworenen ihre teilweise Sühne, wenigstens gegen den einen der am Verbrechen Beteiligten, gefunden. Der zweite der Beteiligten, Gadow, befindet sich, wie mitgeteilt, in Dalldorf zur Untersuchung seines Geisteszustandes. Gegen den Angeklagten Martin Raschke gaben die Geschworenen ihren Spruch auf Schuldig des einfachen Diebstahls, des schweren Diebstahls und des schweren Raubes. Der Staatsanwalt beantragte 9 Jahre Zuchthaus, das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 7½ Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

Unfall oder Selbstmord? Aus einem von Oranienburg kommenden Vorortzuge stürzte gestern abend zwischen den Stationen Gesundbrunnen—Stettiner Bahnhof, in der Nähe der über die Ackerstraße führenden Eisenbahnbrücke, ein Mann aus seinem Abteil heraus, den man später zwischen den Schienen mit abgefahrenem linken Unterarm und schweren Kopfverletzungen auffand. Er wurde von Bahnbeamten nach dem Lazarus-Krankenhause gebracht, wo er aber bald seinen Verletzungen erlag. Der Unbekannte ist etwa 60 bis 65 Jahre alt, 1,58 Meter groß, hat grauen Schnurrbart und graues Kopfhaar und war u. a. bekleidet

---

Nantas

Erzählung von **Emile Zola**.

(1. Fortsetzung) (Uebersetzt von Hans Jacob)

Die Sonne sank hinter die großen Bäume um das Palais Danvilliers, eine herbstliche Sonne, deren Goldstrahlen die gelb gewordenen Blätter entzündeten. Nantas erhob sich, als locke der Abschied des Gestirns. Er sollte sterben und sehnte sich doch nach Licht. Einen Augenblick lehnte er sich hinaus. Oft hatte er durch das dunkle Laub dort ein blondes hochgewachsenes Mädchen mit stolzem Gang gesehen. Er war nicht romantisch angelegt und hatte die Altersgrenze überschritten, davor die jungen Männer in den Dachstuben von jungen Damen der großen Welt träumen, die ihnen große Leidenschaften bringen und große Schätze. Dennoch dachte er plötzlich in dieser dunklen Stunde des Selbstmordes an dies stolze blonde Mädchen. Wie hieß sie wohl? Aber zugleich ballte er die Fäuste, denn er fühlte nichts als Haß für die Bewohner dieses Palais, dessen geöffnete Fenster ihm eine unerhörte Pracht zeigten, und er knirschte wütend:

„Verkaufen würde ich mich, wenn mir einer die ersten hundert Sous meines künftigen Vermögens gäbe!“

Diese Idee, sich zu verkaufen, beschäftigte ihn einen Augenblick. Hätte es irgendwo ein Leihaus gegeben, wo man Kraft und Willen belehnte, er wäre hingegangen, um sich dort zu verpfänden. Er dachte sich Kaufverträge aus, ein Politiker wolle ihn kaufen, um ihn zu seinem Werkzeug zu machen, ein Bankier, um seinen Scharfsinn Stunde für Stunde auszunützen, und er ging darauf ein, was war ihm die Ehre. Er sagte sich, es genüge, wenn man stark wäre und endlich siegte. Dann lächelte er, fände man denn einen Käufer? Die armen Teufel, die auf Gelegenheit lauern, sterben vor Elend, ohne je einen Käufer zu sehen! Er fürchtete feig zu sein, er gestand sich ein, daß er sich zu zerstreuen suchte. Er setzte sich wieder und schwur, sich aus dem Fenster zu stürzen, sobald es völlig dunkel wäre.

Aber seine Müdigkeit war so groß, daß er auf seinem Stuhle einschlief. Plötzlich weckte ihn der Lärm von Stimmen. Es war die Hausmeisterin, die eine Dame hereinführte.

„Herr Nantas,“ sagte seine Portierfrau, „ich habe mir erlaubt, diese Dame hereinzuführen ...“

Und da sie sah, daß kein Licht im Zimmer war, holte sie schnell eine Kerze. Sie schien die Dame, die sie heraufgeführt hatte, zu kennen und begegnete ihr freundlich und doch voller Hochachtung.

„So,“ sagte sie, als sie sich zurückzog, „Sie können ruhig plaudern, niemand wird Sie stören.“

Nantas, der aufgesprungen war, sah der Dame überrascht ins Gesicht. Sie hatte den Schleier zurückgeschlagen.

Ein Fräulein von etwa fünfundvierzig Jahren, klein, sehr voll, mit dem puppenhaft weißen Gesicht einer alten Betschwester stand vor ihm. Er hatte sie noch nie gesehen. Als er ihr den einzigen Stuhl anbot und sie dabei fragend ansah, nannte sie ihren Namen:

„Ich bin Fräulein Chouin ..., ich komme, um mit Ihnen etwas Wichtiges zu besprechen, Herr Nantas.“

Er hatte sich auf den Bettrand setzen müssen. Der Name Chouin sagte ihm nichts. Er wartete ihre weiteren Erklärungen ab. Sie aber beeilte sich nicht; sie musterte mit einem Rundblick das enge Zimmer und schien nicht recht zu wissen, wie sie beginnen sollte. Endlich sprach sie mit sehr sanfter Stimme, und jeden heiklen Satz stützte sie mit einem Lächeln:

„Herr Nantas, ich komme als Freundin ... Man hat mir viel Rührendes von Ihnen erzählt. Aber denken Sie nicht an Spionage. Es war nur der lebhafte Wunsch, Ihnen zu helfen. Ich weiß, wie hart das Leben Sie angefaßt hat, mit welchem Mute Sie gekämpft haben und was das traurige Resultat so schwerer Bemühungen ist. .. Ich bitte noch einmal um Verzeihung, daß ich mich Ihnen aufdränge. Ich schwöre Ihnen, lediglich die Teilnahme ...“

Nantas unterbrach sie nicht, alle diese Einzelheiten hatte sie wohl von der Portierfrau erfahren. Fräulein Chouin konnte fortfahren, und doch suchte sie nach schmeichelhaften Ausdrücken, nach liebenswürdigen Wendungen, um die Dinge richtig zu benennen.

„Sie haben eine große Zukunft. Ich habe mir erlaubt, Ihre Versuche zu verfolgen und war von Ihrer lobenswerten Festigkeit im Unglück betroffen. Kurz, ich glaube, daß Sie es weit bringen, wenn Ihnen jemand helfende Hand bietet.“

Sie schwieg wieder. Sie wartete auf ein Wort.

Der junge Mann glaubte, sie sei gekommen, um ihm eine Stelle anzubieten. Er antwortete, daß er alles annehmen würde. Sie aber fragte ihn jetzt, da das Eis gebrochen war, gerade heraus:

„Hätten Sie etwas dagegen, sich zu verheiraten?“

„Mich zu verheiraten?“ rief Nantas. „Lieber Gott, wer würde mich nehmen? ... Irgend ein armes Mädchen, das ich aber nicht ernähren könnte.“

„Nein, ein sehr schönes, sehr reiches Mädchen aus vornehmer Familie, das ihnen die Mittel in die Hand gäbe, die höchste Stellung zu erringen.“

Nantas lachte nicht mehr.

„Also was ist der Preis?“ fragte er instinktiv, die Stimme senkend.

„Das junge Mädchen ist in anderen Umständen, das Kind muß anerkannt werden“, sagte Fräulein Chouin ohne salbungsvolle Phrasen geradezu heraus, um das Geschäft in Gang zu bringen.

Nantas erste Regung war, die Kupplerin hinauszuwerfen.

„Ihr Anerbieten brächte mir Schande“, sagte er mit gedämpfter Stimme.

„Oh, Schande,“ rief Fräulein Chouin und fand ihren honigsüßen Ton wieder, „ich protestiere gegen dieses häßliche Wort ... die Wahrheit, mein Herr, ist, daß Sie dadurch eine Familie vor der Verzweiflung retten. Der Vater weiß nichts davon, die Schwangerschaft hat kaum begonnen, und ich bin auf den Gedanken gekommen, das arme Mädchen so rasch wie möglich zu verheiraten, damit der Ehemann die Rolle des Vaters des Kindes spielen kann. Ich kenne den Vater, er würde daran sterben. Mein Plan würde den Schlag abschwächen, er wird an eine Wiedergutmachung glauben; zum Unglück ist der wirkliche Verführer verheiratet. Ach, mein Herr, es gibt wirklich ehrlose Männer.“

Lange hätte sie so fortschwatzen können. Nantas hörte nicht auf sie. Warum nur sollte er ablehnen? Hatte er sich nicht eben noch verkaufen wollen? Gut, nun wollte man ihn kaufen. Leistung und Gegenleistung. Er gab seinen Namen, man gab ihm eine Stellung dafür. Es war ein Kontrakt, wie ein anderer auch. Er blickte auf seine, vom Pariser Schmutz übel zugerichteje Hose, er fühlte, daß er seit vierundzwanzig Stunden nichts gegessen hatte, der ganze Grimm über sein zweimonatelanges vergebliches Suchen, alle die Demütigungen, die er erduldet hatte, quollen in seinem Herzen empor! Endlich! Endlich setzte er den Fuß auf diese Welt, die ihn zurückgestoßen und bis zum Selbstmord getrieben hatte.

„Ich willige ein“, sagte er trocken.

Dann forderte er von Fräulein Chouin deutliche Erklärungen. Was sie für ihre Vermittlung haben wolle? Sie wolle nichts. Dennoch verlangte sie schließlich 20 000 Franken von dem Vermögen, das das junge Mädchen ihm mitbringen werde. Und, da er nicht herunterhandelte, wurde sie unternehmend.

(Fortsetzung folgt.)

mit einem graubraunem Hut der Firma Eckard-Berlin, einem Jackettanzug, grauem Wollhemd mit blaurotem Brusteinsatz, grauen Strümpfen und schwarzen Schnallenschuhen.

Der Distrikt Charlottenburg hat durch den Tod seines langjährigen Mitkämpfers, Genossen Seidel einen schweren Verlust erlitten. Seit seinem 20. Lebensjahre steht er ununterbrochen in den vordersten Reihen der Arbeiterbewegung. Zur Zeit des Sozialistengesetzes hatte er unter den Verfolgungen der Aera Puttkammer zu leiden; sehr oft mußte er deshalb seinen Wohnsitz wechseln. Bei Ausbruch des Krieges stellte er sich sofort auf seiten der Gegner der Kreditbewilligungen, bei Gründung der U. S. P. D. trat er dieser sofort bei und hat bis in seine letzten Tage für ihre Interessen gewirkt. Die Einäscherung findet am Freitag, nachmittags ½3 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg, statt. Die Parteigenossen werden um rege Beteiligung ersucht. Treffpunkt 1 Uhr Bahnhof Zoo.

Gewerkschaftliches

Oeffentliche Wirksamkeit der Verbände

Viele Gewerkschaften schließen den Jahresbericht für 1920 erst jetzt ab, bzw. die Verbandsberichte, zum Teil in starken Broschüren, erschienen kürzlich oder erst jetzt. Vor uns liegt der Bericht des **Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer**, sowie Berufsgenossen Deutschlands, der mit dem 31. Dezember 1920 abschloß. Einleitend wird bemerkt, daß in der abgelaufenen Berichtszeit der Verband eine Erstarkung nach innen und außen erfuhr und in die Reihe der gewerkschaftlichen Großmächte aufrückte. Die Zahl der Mitglieder stieg nämlich auf über 100 000. Von besonderem Interesse für die weitere Oeffentlichkeit ist, daß der Verband nicht nur rein gewerkschaftliche Aufgaben für seine Mitglieder vollbringt, sondern auch eingreift, um die öffentliche Sicherheit in Dampfbetrieben usw. zu fördern. Die Bestrebungen des Verbandes gingen dahin, die Errichtung von Heizerschulen und die Einführung des Befähigungsnachweises durchzuführen. Diese Maßnahmen waren von Erfolg gekrönt, nur will es uns nit recht einleuchten, daß es dazu erst der — „Hilfe der Arbeitsgemeinschaften" bedurfte, um das Reichswirtschaftsministerium von der Notwendigkeit dieser, die öffentliche Sicherheit fördernden Maßnahmen zu überzeugen.

In den Richtlinien für die Errichtung von Heizerschulen finden wir den Lehrplan für den Unterricht, der theoretischer und praktischer Natur ist. Die Brennstoffe, der Verbrennungsprozeß, das Speisewasser, die Dampfkessel und ihre Einmauerung usw., die Bedienung der Kessel und der Feuerung, die Dienstvorschriften für Kesselwärter und auch für Landkesselheizer erfahren eine eingehende Beachtung. All diese Maßnahmen sind von öffentlichem Wert und ein Beweis dafür, daß die Gewerkschaften neben ihrer sonstigen Tätigkeit auch willens und imstande sind, Kulturarbeit, in diesem Fall auf sozialpolitischem Gebiet, zu leisten. Verschiedene Tabellen zeigen den Aufstieg des Verbandes. Im Jahre 1920 wurden an Lohnerhöhungen 283 Millionen Mark erkämpft. Während die verkürzte Arbeitszeit im Jahre 1919 3 944 350 Stunden betrug, sind im Jahre 1920 87 256 Stunden Arbeitsverkürzung erzielt worden. Die Zahl der abgeschlossenen Tarifverträge betrug im vergangenen Jahre 550, während die Gesamteinnahmen 7 308 256 M. ergaben. Die Gesamtausgabe steht die Summe von 6 119 291 M. vor, so daß eine Mehreinnahme von 1 188 964 M. verblieb. Der Verband hat verschiedene Reichssektionen, so in den Großschiffswerften, in der Hüttenindustrie, im Steinkohlenbergbau, Kaliindustrie usw., und erlitt einen Verlust an Toten von 773 Kollegen, von denen 84 infolge Unfalls im Beruf den Tod fanden. In einem Schlußwort wird zur Einigkeit aufgerufen, um die Reihen zu schließen.

„Akute Standesfragen"

Einer Zuschrift des Vereins preußischer Staatsförster aus Eberswalde entnehmen wir, daß Ende Mai im Lehrervereinshaus in Berlin der diesjährige Delegiertentag des Vereins preußischer Staatsförster stattfand. Wie es in dem Bericht heißt, beschäftigte sich die stark besuchte Versammlung, mit den „derzeit akuten Standesfragen" der mittleren Forstbeamten Preußens und insbesondere mit den überaus mißlichen Besoldungsverhältnissen der Förster-Anwärter. Verlangt wurde auch eine Neuregelung des Ausbildungsganges für die einzustellenden Anwärter.

Was besonders allgemein interessieren dürfte, ist die Tatsache, daß die preußische Zentralforstverwaltung mit Hartnäckigkeit an der Abforderung einer neunjährigen Vorbereitungszeit, der ihr unterstellten Anwärter festhält und damit die frühere **Verquickung der Försterlaufbahn mit dem Militärdienst im Jägerkorps auch weiterhin zu sanktionieren sucht**, obwohl die Jägerbataillone bereits im Jahre 1918 aufgelöst wurden und eine militärische Verpflichtung eigentlich nicht mehr in Frage kommen kann.

Die Förster verlangten deshalb die Beseitigung dieses Zustandes, desgleichen wollen sie nur eine 5jährige Vorbereitungszeit vorgesehen haben. Ebenso wünschen sie eine angemessene Besoldung. Die Förster erklären sich bereit, an dem Wiederaufbau Deutschlands mitzuarbeiten, so daß die Fehlmenge des zu verbrauchenden Holzes durch eine intensivere Ausnützung der Forsten herbeigeführt werden kann. Dies bedingt aber wieder eine Steigerung des Wissens der den deutschen Wald betreuenden Forstbeamten.

Es wird notwendig sein, an geeigneter Stelle die preußische Staatsforstverwaltung darauf aufmerksam zu machen, daß ihre Bedingungen, nämlich die Verquickung des Berufes mit militärischen Pflichten in Widerspruch zur Verfassung steht, und daß sie in erster Linie die Aufgabe hätte, dem Verlangen der Anwärter nach vermehrter Ausbildung stattzugeben. Den Anwärtern selber würden wir aber den Rat geben, sich weniger mit **akuten Standesfragen zu beschäftigen, sondern die Zeichen der Zeit** zu begreifen und sich in Reih und Glied zu stellen mit der übrigen Arbeitnehmerschaft, die in starken, einflußreichen Verbänden ihre Rechte in ganz anderer Weise wahrnehmen könnten.

Streik bei Sarotti

Seit ¾ Jahren bemühen sich die berufsfremden Handwerker und Transportarbeiter der Firma Sarotti, ein geregeltes Lohn- und Arbeitsverhältnis zu erringen. Ein Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, welcher eine geringfügige Erhöhung der Löhne vorsah, wurde von der Firma nicht anerkannt und vom Demobilmachungskommissar nicht für verbindlich erklärt. Im März gewährte die Firma Sarotti eine Teuerungszulage in Höhe eines Wochenlohnes, welche in 12 Wochenraten ausgezahlt wurde. Nach Ablauf dieser Frist wurde die Zulage kurzer Hand wieder in Abzug gebracht. In einer erneuten Verhandlung wurde von der Betriebsleitung erklärt, daß sie als äußerstes Zugeständnis die bisherigen Zulagen weiterzahlen wolle. Ueber die von den Gewerkschaften gestellten Forderungen zu verhandeln, weigerte sich die Firma. Von den Vertretern der Gewerkschaften wurden auf die hohen Gewinne der Firma hingewiesen, ebenso auf die in den letzten Tagen erschienenen Pressenotizen über die außerordentlich günstige Lage der Firma. **Die Betriebsleitung lehnte jedes weitere Entgegenkommen ab.**

Eine Versammlung der Handwerker und Transportarbeiter beschloß darauf fast einmütig die Arbeit sofort niederzulegen. **Der Betrieb ist bis auf weiteres für alle Handwerker und Transportarbeiter gesperrt.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband — Deutscher Metallarbeiter-Verband — Deutscher Buchbinder-Verband — Deutscher Holzarbeiter-Verband — Zentralverband der Maschinisten und Heizer.

U. S. P.-Zimmerer. Freitag, den 17. Juni, abends 7 Uhr, wichtige Besprechung im Lokal Valentin, Kraustraße 36. Alle Bezirke müssen vertreten sein. Gewerkschafts- und Parteiausweis legitimiert.

Walzwerksarbeiter. Heute abend 6 Uhr findet in Schulz Festsälen, Am Königsgraben 2 (Nähe Alexanderplatz), die Vertrauensmännerkonferenz der Walzwerk-, Blei-, Draht- und Papierrohrarbeiter und -arbeiterinnen statt. D. M. V. Die Ortsverwaltung.

Verbandstag der Maler

k. Frankfurt a. M., den 14. Juni 1921.

Der zweite Verhandlungstag wurde ausgefüllt mit der Diskussion über die Geschäftsberichte und den Schlußworten der Berichterstatter. Die Debatte verlief sehr sachlich. Die Redner erklärten sich mit der allgemeinen Tätigkeit des Verbandsvorstandes einverstanden. An dem abgeschlossenen Tarifvertrag wurde jedoch mancherlei ausgesetzt; besonders kritisiert wurde, daß er keine Regelung der Ferienfrage brachte und auch die Lehrlingsfrage nicht mehr berücksichtigt. Im allgemeinen wurde jedoch die Taktik des Vorstandes bei Lohnbewegungen als richtig bezeichnet. Gleich die ersten Redner übten Kritik an dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund. Dieser habe nichts getan für die Durchführung der beim Kapp-Putsch aufgestellten 10 Punkte. Auch in der Sozialisierungsfrage hätte der Bund mehr tun müssen. Notwendig sei eine Umstellung der Gewerkschaften, ihre Schwerfälligkeit müsse beseitigt werden. Im Bunde müßte auch eine andere Auffassung über die wirtschaftlichen und politischen Fragen Platz greifen. Die kommunistischen Redner wandten sich besonders gegen den Beschluß des Verbandsbeirates, in dem den Mitgliedern, die sich hinter die Dritte rote Internationale stellen, mit einem evtl. Ausschluß gedroht wird. Dieser Beschluß würde die Kommunisten nicht abhalten, auch weiterhin nach ihrer Ueberzeugung zu handeln.

Gegen die Ausführungen der Oppositionsredner sprach besonders wirkungsvoll der Delegierte Beringer-Köln. Es könne nicht bestritten werden, daß bei den Kommunisten

Zersplitterungsbestrebungen

vorhanden seien. Wer diese mitmache und zur Dritten Internationale gehöre, stelle sich außerhalb des Rahmens des Verbandes. In dieser Frage müsse Klarheit geschaffen werden. Parteipolitik dürfe innerhalb der Gewerkschaften nicht getrieben werden, das soll aber nicht heißen, daß die Gewerkschaftsmitglieder politisch neutral sein sollten. Von einem anderen Delegierten wurde die Einberufung des Gewerkschaftskongresses verlangt, damit dieser Stellung nehme zu den Gesetzentwürfen auf sozialpolitischem Gebiet.

Nach Annahme eines Schlußantrages erhielt noch der Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Wissel-Berlin, das Wort, der die Vorwürfe gegen den Bund als unberechtigt zurückwies. Die Arbeiterschaft müßte sich mehr als bisher mit Wirtschaftsfragen beschäftigen. Notwendig sei eine zielklare Wirtschaftspolitik.

Es folgten nun die Schlußworte der Berichterstatter, die auf die Ausführungen der Diskussionsredner ausführlich erwiderten.

Dem Vorstand wurde hierauf Entlastung erteilt. Zur Arbeitsnachweisfrage, die in der Debatte berührt worden ist, nahm der Verbandstag eine Entschließung an, die ausspricht, daß der vorliegende Entwurf eines Arbeitsnachweisgesetzes den berechtigten Erwartungen der Arbeiterschaft nicht entspricht. Verbandsvorstand und Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund werden ersucht, ihren Einfluß bei den gesetzgebenden Körperschaften dahin geltend zu machen, daß der weitgehendste Melde- und Benutzungszwang im Gesetz Aufnahme findet. Dieses soll ferner das uneingeschränkte Selbstverwaltungsrecht vorsehen. In einem weiteren angenommenen Antrag wird der Vorstand beauftragt, mit aller Entschiedenheit dahin zu wirken, daß bei Abschlüssen von Tarifverträgen die Forderung auf

Gewährung von Ferien

verwirklicht wird. Eine Reihe weiterer, zu den Geschäftsberichten vorliegender Anträge wurden dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

18. ordentlicher Genossenschaftstag

k. Baden-Baden, 13. Juni 1921.

Die Tagung begann heute im hiesigen Kurhause. Sie ist von 900 Delegierten aus allen Teilen des Reiches besucht. Sehr zahlreich sind auch die ausländischen Gäste erschienen. Verwandte Organisationen haben Vertreter entsandt. Reichs-, Staats- und städtische Behörden sind ebenfalls vertreten, so das Reichswirtschaftsministerium, das Ministerium für Handel und Gewerbe, das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft, vorläufiger Reichswirtschaftsrat. Vertreter des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, der Verbände der Bäcker, Transportarbeiter, Angestellte und Fabrikarbeiter sind ebenfalls erschienen.

Lorenz-Hamburg eröffnete mit einem Hinweis auf die große Bedeutung der Tagung den 18. Genossenschaftstag.

Barth-München gab einen Rückblick auf die Entwicklung des deutschen Konsumgenossenschaftswesens. Er hofft, daß durch den Aufstieg des deutschen Genossenschaftswesens eine glücklichere Zukunft Deutschlands garantiert sein wird.

Minister Remmele überbringt Grüße und Wünsche der badischen Regierung.

Peine-Berlin wünscht im Auftrage des Reichsernährungsministers Hermes den Verhandlungen des Genossenschaftstages besten Erfolg.

Cohen-Berlin, Vorsitzender des Reichswirtschaftsrats, weist auf die großen Verdienste der Konsumgenossenschaften hin.

Bürgermeister **Elsner** begrüßt den Genossenschaftstag im Auftrage der Stadt Baden-Baden.

Henry May-London, **P. Aurde** vom Norges Kooperative Landsforening, **Pettoni**-Italien, **M. Kautschiwilli**-Georgien, **Dr. Stenzel-Lensin** vom Allrussischen Genossenschaftsbunde überbringen Grüße ihrer Genossenschaften und wünschen der Tagung guten Erfolg.

Cohen-Berlin als Vertreter des A. D. G. B. bekräftigt die alte historische Freundschaft zwischen Genossenschafts- und Gewerkschaftsbewegung und wünscht der Tagung besten Erfolg im Interesse der deutschen Arbeiterschaft.

Es werden noch eine ganze Reihe Begrüßungsreden verwandter Organisationen entgegengenommen, darunter auch vom Verband deutscher Hausfrauen.

Vom Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt ist ein Glückwunschtelegramm eingegangen.

Vorsitzender Lorenz-Hamburg dankt allen Rednern für die große Anerkennung, die zum weiteren Auf- und Ausbau der deutschen Genossenschaftsbewegung anfeure. Die deutsche Genossenschaftsbewegung wolle daran mitarbeiten, daß das freie, demokratische, republikanische Deutschland wirtschaftlich und kulturell erstarke. Die Verhandlungen beginnen am Donnerstag.

Parteiveranstaltungen

Donnerstag, 16. Juni

12. Distrikt. Landagitationskommission abends 7 Uhr Dunckerstr. 69 bei Klimpel: Sitzung der Landagitationskommission.

Freitag, 17. Juni

2. Verwaltungsbezirk Wedding. Abends 7 Uhr Vollversammlung der Kommunalen Kommission des gesamten Verwaltungsbezirks Wedding im Bezirksamt-Sitzungssaal, Ledigenheim, Brunnenplatz.

3. Verwaltungsbezirk. Kommunale Kommission. Obmännersitzung bei Kaffe, Gubener Str. 19. Beginn 7 Uhr. Die Genossen der Wohnungsbeschwerdekommissionen sind hierzu eingeladen.

Verwaltungsbezirk 13. Tempelhof usw. Abends 7½ Uhr Sitzung der gesamten Kommunalen Kommission aller Orte in Mariendorf b. Pieper, Bergstraße 35.

11. Distrikt (früher 9. Distrikt). 7 Uhr Vertrauensitzung mit Abteilungsleitern bei Matsche, Marienburger Straße 31. Sonntag Teilnahme des Distrikts an der Feier in Potsdam. Treffpunkt 11 Uhr Berolina. Kinder, die teilnehmen, müssen bis Donnerstag abend der Genossin Sydow, Immanuelkirchstraße 12, Stift., gemeldet werden, um die Fahrpreisermäßigung zu erlangen.

Distrikt Spandau. Die Mitglieder werden ersucht, an dem 30. Stiftungsfest der Ortsgruppe Potsdam, am Sonntag, den 19. Juni, zahlreich teilzunehmen. Treffpunkt 10.30 Uhr Bahnhof West.

Distrikt Spandau. Abends 7½ Uhr Abteilungsversammlungen. Abt. Wilhelmstadt bei Wind, Pichelsdorfer Str. 5; Abt. Altstadt bei Werther, Bismarckstr. 38.

Weißensee. Der Kursus über die Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus fällt aus. Fortsetzung in acht Tagen.

Zentralausschuß der Elternbeiräte U. S. P. Abends 7 Uhr findet in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8-9, eine Sitzung statt. Jeder Verwaltungsbezirk muß durch zwei Mitglieder vertreten sein. Referent: Herr Bruno Zieseler, Stadt. Bernsaum.

Sonnabend, 18. Juni

Verwaltungsbezirk Köpenick. Distriktssitzung der Landagitationskommission abends 7 Uhr im Köpenicker Rathaus, Zimmer 19.

2. Distrikt, jetzt 19. Distrikt. Kinderwanderung nach Teupitz am 18. und 19. Juni. Treffpunkt: Görlitzer Bahnhof abends 6 Uhr. Fahrgeld 5,20 M. Gekochten Reis, 2 mal gemahlenen Kaffee, Trinkbecher, Eßlöffel mitbringen! Kinderspiele fallen am Sonnabend aus.

Vereinskalender

Donnerstag, 16. Juni

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Betriebsräte, Betriebsobleute der Glas- und Teppichreiniger nachmittags 4 Uhr Neue Jakobstraße 1: Versammlung.

Freitag, 17. Juni

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Handelshilfsarbeiter und -arbeiterinnen aus den Betrieben der Schuhfabrikation und Schuhgroßhandels. Abends 5 Uhr im Lokal von Karl Witte, Poststraße 29, wichtige Gruppenversammlung. — Handelshilfsarbeiter und -arbeiterinnen aus den Betrieben des Bodenlederhandels. Abends 7 Uhr im Lokal von Karl Witte, Poststraße 29, wichtige Gruppenversammlung. — Branche Einzelhandel. Abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14-15 (großer Saal), Branchenversammlung.

Verantwortlich: für Politik u. Feuilleton: Leo Liebschitz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftl.: Robert Denzel, Berlin; für den Inseratenteil u. geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kamerinek, Berlin-Horst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Str. 8-9.

Lebensmittel

Salat	Kopf	15 Pf.
Wirsingkohl	Pfund	80 Pf.
Junger Kohlrabi	Mandel	1.25
Neue Kartoffeln	Pfund	1.90
Tafelreis	Pfund	2.30
Maisgries entbittert u. entölt	Pfund	2.40
Kartoffelmehl	Pfund	2.95
Kunsthonig	Pfund	4.25

Wurst

Leberwurst Holl. Art	Pfund	11.00
Rotwurst	Pfund	11.00
Landleberwurst	Pfund	13.00
Fleischwurst	Pfund	14.00
Jagdwurst	Pfund	18.00
Teewurst	Pfund	18.00
Mettwurst Braunschw. Art	Pfund	18.00

Margarine	Pfund	7.50
Rindertalg ausgelassen	Pfund	7.50
Marmelade Vierfrucht	Pfund	3.75
Tilsiter-Käse	Pfund	6.20
Stangen-Käse	Pfund	6.80
Gouda-Käse	Pfund	9.80
Lachshering geräuchert	Stück	1.25
Salzheringe groß	Stück	25 Pf.

Frisches Fleisch

Kalbskamm	Pfund	8.50
Kalbsbrust	Pfund	9.00
Kalbskeule	Pfund	11.00
Hammel-Vorderfleisch	Pfund	10.00
Hammel-Keule	Pfund	11.50
Schmorfleisch mit Knochen	Pfund	12.00
Suppenfleisch	Pfund	10.50
Gehacktes	Pfund	11.00
Geräucherter Speck	Pfund	10.80
Junge Tauben	Stück	7.00
Kaninchen gefroren, ohne Kopf und Füße	Pfund	4.00
Dänische Sahne	Große Flasche	5.25

Butter allerfeinste ½-Pfd.-Paket **9.75**

Kaffee gebrannt 1-Pfd.-Paket **17.00**

JANDORF

Belle-Alliance-Str. Gr. Frankfurter Str. Brunnenstr. Kottbuser Damm Wilmersdorfer Str.